

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

### Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Petitseite oder deren Raum 30 A.

### Demokratisches Mißtrauen oder demokratisches Vertrauen?

Dieser Artikel wurde gleich nach dem Magdeburger Parteitage geschrieben. Raumzwang zwang uns, ihn bis jetzt zurückzustellen.

Die Redaktion.

Auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg sagte Genosse Bebel in seinen Ausführungen zur Budgetbewilligungsfrage u. a. folgendes: „Die Konsuln, sagten die Römer, sollen sehen, daß dem Gemeinwesen kein Schaden erwächst, und ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer keinen Schaden tun. Demokratisches Mißtrauen, und noch mehr demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme, auch gegen mich. Seht den Führern auf die Finger, seht den Redakteuren auf die Finger!“

Indem wir diesen Worten eine kritische Betrachtung widmen, genügen wir sowohl Anregungen aus dem Kreise unserer Verbandskollegen als auch einem eigenen Bedürfnis.

In der Geschichte des Demokratismus bis in ihre Anfänge zurück treffen wir oft auf die in aphoristische Sentenzen gefasste Meinung, daß Mißtrauen gegen die Leiter demokratischer Bewegungen und Einrichtungen eine „demokratische Tugend“ ist. Man hat dieses Mißtrauen wohl auch eine „revolutionäre Tugend“ genannt. Die Mahnung, sich solchen Mißtrauens zu befleißigen, ist zurückzuführen auf die durch Erfahrung nicht selten bestätigte Befürchtung, daß Führer ihre Stellung und ihr sich damit verbindendes Ansehen mißbrauchen können, um entweder durch unkluge und ungerechte Handlungsweise, oder geradezu durch Verrat die von ihnen vertretene Sache zu schädigen. Daraus läßt sich aber unmöglich folgern, daß in einem demokratischen Gemeinwesen, in einer demokratischen Partei, in einer demokratischen Grundfäzang entsprechend begründeten und vermittelten gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation das Mißtrauen unter allen Umständen herrschen muß und sich geradezu als eine Pflicht von Person zu Person geltend zu machen hat. Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß Genosse Bebel seine Mahnung in diesem Sinne erlassen hat. Was er beabsichtigt, liegt ohne Zweifel einzig und allein in den Worten: „Die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer keinen Schaden tun.“ Das ist eine Sentenz, der an sich unter dem Gesichtspunkte der Grundfähigkeit nicht widersprochen werden kann, deren praktische Bewährung aber doch an gewisse Voraussetzungen gebunden ist. Ohne Zweifel haben alle Glieder einer demokratischen Gemeinschaft, sei sie Staat, politische Partei oder gewerkschaftliche Organisation, die Aufgabe, im Gegensatz zu blinder Vertrauensduferei die Tätigkeit der Führer und Beamten so aufmerksam und gewissenhaft wie nur möglich zu überwachen. Aber auf was entscheidendste bestreiten wir, daß diese Überwachung unbedingt und unter allen Umständen von Mißtrauen beherrscht sein muß. Die andere vom Genossen Bebel ausgesprochene Sentenz: „Demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme, auch gegen mich“, erkennen wir nicht an. Wir können sie nur auffassen als einen im Augenblick des erregten Nebenflusses unternommenen aber nicht glücklichen Versuch, die erste Sentenz noch etwas drastischer zu bekräftigen. Ihr gegenüber stellen wir den Satz auf: „Demokratisches Vertrauen gegen jeden, der sich dessen würdig erweist, gegen jeden, der nicht Grund zu berechtigtem Mißtrauen gibt.“ Wir nehmen für den echten und rechten Demokratismus in all seinen Gestaltungen die Tugend des demokratischen Vertrauens in Anspruch. Ohne sie kann kein demokratisches Gebilde, keine sozialdemokratische Partei, keine große gewerkschaftliche Organisation, keine Genossenschaft bestehen und gedeihen. Nichts ist mehr geeignet, sie zu schädigen, als Mißtrauen aus Grundfäzang und Mißtrauen aus Unverstand, Vorurteil und falscher Willensrichtung. Ernennen die Organisationen der Parteigenossen Kandidaten zu den Parlamentswahlen usw. usw., und verhehlen sie ihnen zum Sieg, so ist das ein Werk des Vertrauens. Erwählen sich Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften u. ihre Vorstände, ihre Verwaltungsbeamten, ihre Redakteure usw., so bezeugen sie damit den erwählten Personen Vertrauen; man geht von der Voraussetzung aus, daß diese Personen fähig und würdig sind, die Pflichten des Amtes zu erfüllen. Eine führende Stellung im Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen kann nur derjenige erlangen, der sich eines hohen Maßes von Vertrauen erfreut. Bebel ist seit Jahrzehnten anerkannter Führer der Sozialdemokratie und seine Autorität in der Partei ist immer stärker geworden. Das dankt er wahrlich nicht dem Mißtrauen, sondern dem Umstand, daß er das in ihm gesetzte Vertrauen stets gerechtfertigt hat. Es ist noch keinem Parteigenossen eingefallen, ihm Mißtrauen zu bekunden, ihn einer absichtlichen Schädigung der Partei für fähig zu halten. Daß selbst der gewissenhafteste, der ehrlichste Führer in schädigenden Irrtümern besangen sei, daß er Dumheiten machen kann, kommt für die Rechtfertigung eines Mißtrauens nicht in Betracht. Auch der Mensch, der in guter Absicht, aus guten Motiven handelt, sich in der Wahl der Mittel vergreift, verdient kein Mißtrauen. Man streitet wider seine irrtümliche Auffassung, seine verkehrte Maßregel, ohne daß er damit der Vertrauenswürdigkeit verlustig wird.

Unmotiviertes Mißtrauen ist, abgesehen von seiner Schädlichkeit, Ungerechtigkeit. Schon der erste internationale Arbeiterkongress zu Genf. (1866) sprach in den von ihm beschlossenen Assoziationsfäzungen aus, „daß alle der Arbeiterpartei angehörenden Individuen und Gesellschaften Wahrheit, Recht und Sitte als den Grundstein ihres Betragens gegeneinander und gegen ihre Mitmenschen anerkennen haben.“ Wahrheit, Recht und Sitte schließen auch die Annahme aus, daß grundfäzliches Mißtrauen gegen die eigenen Führer eine „demokratische Tugend“ ist. Dieser schönen Theorie entsprach leider nicht immer die Praxis in der Sozialdemokratie. Man denke zurück an die Zeit, in der sie noch in zwei Parteien gespalten war, die sich unter Bekundung des stärksten gegenseitigen Mißtrauens heftig bekämpften. Die eine Richtung behandelte die andere als „Verräter an der Sache des Proletariats“. Erst durch Überwindung dieses Mißtrauens und auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens kam die Einigung zustande. Nicht ohne ein Gefühl der Beschämung können wir an die Mißtrauensstragödie der „Kasselerier“ und der „Eisenacher“ zurückdenken.

In den folgenden Jahrzehnten war es öfter nötig, daß die berufenen Parteifaktoren die Mahnung ergehen ließen, ungerechte, gehässige, persönliche Kampfesweise unter Genossen, die ihre Mängel vornehmlich im unbegründeten Mißtrauen hat, zu unterlassen. Der Jenaer Parteitag (1908) erhob in einer Resolution, „mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen eine gehässige, die persönliche und die Parteilehre von Genossen verletzende Art der Diskussion, durch welche auch der Agitation im Lande die größten Schwierigkeiten bereitet werden.“ Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Erklärung hatte ungerechte, von Mißtrauen diktierte Verdächtigung

und Berunglimpfung von Parteigenossen gegeben. Sie verhinderte aber nicht, daß bald darauf in noch viel schlimmerer Weise die Tugend des „demokratischen Mißtrauens“ in die Erscheinung trat, sich richtend gegen diejenigen Parteigenossen, die vor einem unklugen Spiel mit der Idee des politischen Massenstreiks warnten. Es waren ihrer nicht wenige, welche erklärten, daß diese Warner, diese „Flammacher“, das „weitestgehende Mißtrauen verdienen“, und gewisse Stimmen scherten nicht davor zurück, sie als „Verräter“, als „Verbrecher an der Majestät des Volkes“ zu bezeichnen.

Das bedenklteste unmotivierte Mißtrauen ist jenes, das sich auf abweichende Meinung in prinzipiellen und taktischen Fragen stützt und sich mit Fanatismus verbindet. Und die schwerste Verunglimpfung am Demokratismus würde derjenige begehen, der selbst diese Ausartung noch als „demokratische Tugend“ gelten lassen wollte, da sie doch das genaue Gegenteil ist.

Für die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation ist die Frage, ob die Führer dem Mißtraut werden oder Vertrauen genießen sollen, von noch viel erheblicher praktischer Bedeutung als für die Partei. Denn ihre Aufgaben sind gegeben mit dem Interessengegensatz in wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Deshalb ist die Verantwortlichkeit ihrer Führer ganz besonders schwer. Und sie hat weit mehr als die Parteiführer unbegründetem Mißtrauen und daraus fließender Berunglimpfung ausgesetzt. Das hat sich so oft schon gezeigt. Wir wollen hier nur einen Fall anführen, der für unsere Betrachtung von besonderer Bedeutung ist, weil er lehrt, daß Genosse Bebel mit seinem Appell an das Mißtrauen in Magdeburg unmöglich bezweckt haben kann, grundfäzliches Mißtrauen zu einem Parteibogma zu erheben. Im Jahre 1907 waren zwischen der Berliner Bauarbeiterfäzang und dem organisierten Unternehmertum schwere Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter hatten Lohnerhöhung und den achtstündigen Arbeitstag an Stelle des bestehenden neunstündigen gefordert und besonders für letztere Forderung eine sehr energische Propaganda entfaltet. Die Unternehmer lehnten diese Forderung entschieden ab unter der Begründung, daß die augenblickliche Lage im Baugewerbe ihre Bewilligung nicht gestatte. Die Vertreter der Arbeiter ließen diese Forderung dann auch fallen und es kam daraufhin ein Schiedsspruch zustande. Unmöglich konnten sich die Führer der Einigkeit verschließen, daß der Kampf um den Achtstundentag für die Arbeiterschaft zurzeit aussichtslos sei und daher nach Möglichkeit verhindert werden müsse, um die Organisation vor einer schweren Niederlage zu behüten. Sie empfahlen den Arbeitern die Annahme des Schiedsspruchs, wonach die bestehende neunstündige Arbeitszeit für die Dauer des Larifs beibehalten werden sollte. Darüber geriet die Masse der Arbeiter in ungeheure Erregung. In einer Sitzung ihrer Vertrauensmänner wurden die Führer auf das heftigste angegriffen, das schwerste Mißtrauen wurde gegen sie zum Ausdruck gebracht. Ein ihnen opponierender Redner sagte u. a.: „Wenn wir nach dem Vorschlage der Vorstände beschließen, so find wir wert, von der gesamten Arbeiterschaft ins Gesicht gespuckt zu werden.“ Noch viel härtere Worte fielen. An dieser Sitzung nahm als Vertreter des Parteivorstandes auch Genosse Bebel teil. Er nahm die Vorstände der beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen energisch in Schutz gegen das ihnen bekundete Mißtrauen, gegen den Vorwurf, daß sie die Beschlüsse der Mitglieder nicht respektierten und „abwiegelten“. Einige der markantesten Sätze seiner Rede fielen hier wiedergegeben:

„Das wären keine Führer, wenn sie nicht die Pflicht und Schuldigkeit empfänden, bevor sie in einen so schweren Kampf eintreten, noch einmal genau zu prüfen, ob die Situation dazu einigermaßen angetan ist, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. . . . Man sollte ihnen daraus keinen Vorwurf machen, sondern ihnen im Gegenteil Anerkennung zollen, denn das beweist, daß sie es mit ihrer Verantwortung sehr ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwa slavisch den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse studieren und prüfen und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können. . . . Das wäre ein schlechter, ja geradezu ein gewissenloser General, der seiner Armee befehligt, den Kampf aufzunehmen, wenn er mittlerweile die Ueberzeugung gewonnen hat, daß sich die Situation so verändert hat, daß dieser Kampf nicht durchführbar ist. . . . Die Führer der Gewerkschaften sind in diesem Falle in derselben Lage, wie der Parteivorstand; auch der hat es mit seinem Aufruf zur Maidemonstration vielen Parteigenossen nicht recht gemacht. Aber wir müßten erbärmliche Kerle sein, wenn wir uns nicht der Verantwortlichkeit bewußt wären. Wir wären doch Toren, wenn wir Zehntausende der besten, bravsten Genossen dem Kapitalismus als Schlachtopfer überantworten wollten. Der Führer, der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Masse seine eigene Ueberzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Kerl, der nicht verdient, Führer zu sein. Ich verlange, daß die an die führende Stelle Gestellten weiter sehen, als die meisten sehen können, die von früh bis spät zu arbeiten haben, in der Sorge um das tägliche Brot.“

Aus jedem dieser Sätze Bebel's spricht die Erkenntnis, daß das Vertrauen der Masse zu den Führern der Gewerkschaften und der Partei eine Notwendigkeit ist. Gänzlich unvereinbar damit ist seine in Magdeburg ausgesprochene Sentenz: „Demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme, auch gegen mich!“ Dagegen nehmen wir ihn und alle andern, die des Vertrauens wert sind und seiner bedürfen, um erfolgreich wirken zu können, nachdrücklich in Schutz. Wie schon angedeutet, erachten wir den Ausspruch aus seinem Munde lediglich als eine aus momentaner Erregung zu erklärende Abirrung von dem an sich richtigen Grundgedanken, daß sich die Parteigenossen nicht einem Vertrauensbruch ergeben, sondern über die Führer wachen sollen. Wachen und mißtrauen ist zweierlei. Und das Mißtrauen stellt sich gewöhnlich da ein, wo die wenigste oder gar keine Wachsamkeit geübt wird. Der Begriff Wachsamkeit schließt in sich ehrliches, gewissenhaftes, vorurteilsfreies Eingehen auf alle die Fragen und Aufgaben, deren Entscheidung und Erfüllung wesentlich mit von der Haltung der Führer abhängt. Die wahre Wachsamkeit kann nur üben, wer sich das nötige Verständnis für diese Fragen und Aufgaben aneignet. Wachsamkeit aus reinem Mißtrauen wächst sich gar leicht zu einer Giftpflanze aus, die gute Saat und gute Frucht zerstört. Man merke wohl: in der proletarischen Bewegung bildet erfahrungsgemäß die Rechtfertigung des in die Führer gesetzten Vertrauens die Regel und das Gegenteil die Ausnahme. Und deshalb ist ein besonderer Appell an das Mißtrauen mindestens überflüssig.

### Der Tag der Knechte.

Es ist deutsches Schicksal, die Höhen und Tiefen der Menschennatur zugleich zu besitzen. Die hohe Reife der deutschen Arbeiterschaft, die Organisationen schuf, wie sie in gleicher Vollendung sonst nirgends bestehen, findet ein tieftrauriges Gegenstück in der sogenannten „nationalen Arbeiterbewegung“ und in dem gewerbsmäßigen Streikbrechertum. Was nun das Letztere belangt, so ist sich alle Welt über seinen Lumpencharakter klar, selbst die Kapitalisten, die es benutzen, werden im innersten Herzen vor solcher abgrundtiefen Gemeinheit zurückschaudern. Man benutzt die Kanakeln, aber man estimiert sie nicht, werden sie von ihnen wie der alte Fritz von den Verrätern des Feindes sagen. Kein Mensch mit geordnetem Reinklingsgefühl mag sich für dies Gefindel einsetzen.

Auf der gleichen Stufe sozialer Unfähigkeit steht die sogenannte „nationale Arbeiterbewegung“, die am 18. Oktober zu Magdeburg eine Konferenz abhielt. Nach den

Verichten der Tagespresse sollen etwa 200 Delegierte dazugesessen sein, hinter denen angeblich über 100 000 Mitglieder nationaler Arbeitervereine stehen.

Was ist das Wesen dieser „nationalen Arbeiterbewegung“? Die Bezeichnung national sagt uns gar nichts. Der gute Kern des Wortes, das durchaus kein Gegensatz zu international ist, hat mit dem Sinne, der dem Worte jetzt so häufig gegeben wird, nichts zu tun. National im guten Sinne, nämlich auf das Wohl des Volkes gerichtet, sind die Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sie sind auch national in dem Sinne, den Bestand, den Besitz und die Kultur des eigenen Volkes vor den Angriffen anderer Völker zu schützen. Mit dieser Bedeutung des Wortes national hat der Name jener Arbeitervereine, die sich heute so nennen, nichts zu tun. Dynastisches und kapitalistisches Interesse hat das Wort geschändet, hat es zum Stichwort gemacht für alle Bestrebungen, die der großen, auf ihre Befreiung von Rechtlosigkeit und Not gerichteten Bewegung der untern Volksschichten feindlich gesinnt sind. National — das ist heute reaktionär, national ist volks- und arbeitserfeindlich, national ist alles, was die Erhaltung und Festigung der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Rechtlosigkeit zum Zweck hat. Nationale Arbeiterbewegung ist also reaktionäre, arbeitserfeindliche Arbeiterbewegung, eine Bewegung von Angehörigen der untern Klassen gegen ihre eigenen Interessen gerichtet.

Zur Illustrierung dieser Behauptung geben wir einige Momentbilder von der Tagung in Magdeburg. Ein Mitglied eines Werkvereins aus Magdeburg referierte über die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Ziele. Er schilderte die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und die der „nationalen“ Arbeiterbewegung im besonderen und betonte die Notwendigkeit, in einer „geschlossenen Front dem gemeinsamen Gegner“ entgegenzutreten. Alle Werk- und nationalen Arbeitervereine in den großen Städten müßten sich zusammenschließen zu einem Kartell gegen die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften.

Ein Höriger aus Saarabien tat folgende Äußerung: „Jetzt, wo es der Industrie wieder etwas gut geht, hören wir auch sofort wieder allenthalben von Streiks. Ein Streik kann aber niemals zum Heile gereichen; denn er bedeutet jedesmal einen vollständigen Zusammenbruch, ganz gleich, ob die Arbeitgeber oder Arbeitnehmer siegen. Wir in Saarabien haben vor allem mit den christlichen Gewerkschaften zu tun. Die christlichen Führer, von denen einer sogar in der Siebener-Kommission sitzt, treiben es schlimmer als die Sozialdemokraten. Wir können die christlichen Gewerkschaften nicht anders beurteilen als die Notigen. Daher sagen wir: Fort mit dem ganzen Klassenkampfssystem!“

Ein Angehöriger der gelben Widerorganisation sprach über Koalitionsrecht und Schutz der Streikbrecher. Er forderte vor allem die Regierung auf, dem Schutz der Arbeitswilligen mehr als bisher Nachdruck zu verleihen. Der paritätische Arbeitsnachweis bedeute weiter nichts als eine „Zuchthaus für zukünftige Sozialdemokraten“. Die Widergesellen, die nicht einer sozialdemokratischen Gewerkschaft angehören, würden einfach aus den Betrieben herausgeweht. Vor solch ungeheurem Terrorismus müsse sie der Gesetzgeber schützen. Die Sozialdemokraten, die fortwährend Freiheit verlangen, schnitten sie in sündiger Weise an dem Leuten ab. Sie verzeuerten und boykottierten alles, was ihnen nicht paßt. „Daher verlangen wir, daß der Gesetzgeber eingreift. Wir wollen uns befreien aus den Krallen der Not.“

Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Konferenz aller nationalen Arbeitervereine Deutschlands, die über 100 000 Arbeiter vertritt, protestiert aufs schärfste gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts und gegen das Boykottunwesen der Kampfororganisationen der deutschen Arbeiterschaft, durch welche die Willensfreiheit des deutschen Staatsbürgers in unerträglichster Weise beeinträchtigt wird. Sie verlangt daher geeignete gesetzgeberische Maßregeln für den Schutz der Arbeitswilligen und insbesondere das Verbot des Streikpostenstehens.“

Ein anderer Redner, ebenfalls ein tauziges Produkt der saarabischen Knechtguth, referierte über die „Wohlfahrtsvereine“. Er wandte sich gegen das Bestreben der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften, die private Wohlfahrtspflege der Unternehmer zu kritisieren und herabzusetzen. „Wir wollen mit unserm Arbeitgeber auf freundschaftlichem Fuße stehen und nicht nur mit ihm dadurch verbunden sein, daß er uns am Sonnabend den Lohn auszahlt. Die Gewerkschaften spekulieren darauf, daß es den Arbeitern schlecht gehen soll, daß der Arbeitgeber sich um sie und ihre Familie nicht kümmert, und daß dann die Arbeiter angewiesen sind auf die Wohlfahrtsvereine der Gewerkschaften. Daß die Arbeitgeber bei der Errichtung privater Pensionskassen eine Auswahl unter ihren Arbeitern vornehmen und die Mitglieder der Gewerkschaften, die ständig die Pensionskassen herabsetzen, von ihren Segnungen ausnehmen, ist ihr gutes Recht. Wir erkennen

auch an, daß der Staat rechtzeitig eingegriffen und mit seiner sozialen Gesetzgebung ein vorbildliches Werk für die ganze Welt geschaffen hat.“

Das nennt sich „nationale Arbeiterbewegung“. Eine kleine Nummer! Die Protokolle dieser Sache sind Leute wie der Freiherr v. Meißow, Kille und ähnliche. Und zu der Tagung dieser Leute entsandte die Regierung einen Regierungspräsidenten als Vertreter! Die gleiche Regierung, die bei den Tagungen der wirklichen deutschen Arbeiterbewegung immer „dienlich verhindert“ ist! Der Regierungspräsident segnete diese ehrbare Gilde, indem er die Konferenz ein „Gott wohlgefälliges Werk“ nannte. Der arme liebe Gott, was muß er sich alles gefallen lassen!

Der Vollständigkeit wegen sei bemerkt, daß es auf der Konferenz zwei „Richtungen“ gab, die sich trotz Kommissionsberatung nicht auf ein „Programm“ einigen konnten. Die ganze Angelegenheit wäre kaum größerer Beachtung wert, wenn es nicht auffallen müßte, daß sich diese charakterlosen Leute gerade jetzt zusammenfanden, wo aus den Kreisen der Interessenten der Schrei nach dem Zuchthaus ertönt. Die Forderung der großindustriellen Schachmacher und Junfer hat ein Echo gefunden in den Organisationen der Streikbrecher! Soll etwa diese Konferenz die Begründung für ein kommendes Attentat auf das Koalitionsrecht liefern? Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen. Und darum muß die deutsche Arbeiterschaft scharf auf dem Posten sein. Kommt es zu einem Vorstoß der Schachmacher, überfällt uns die Regierung mit einem Angriff auf unser halbes Koalitionsrecht, so darf uns kein Opfer zu groß sein, um die Feinde zu treffen. Dann heißt es kämpfen um die Zukunft unserer Organisationen, und dann mögen die Späne fliegen.

Selbstverständlich haben wir kein Interesse an einem solchen Zusammenstoß. Kommt es nicht dazu, so ist es um so besser. Dann behältten wir unsere Kraft für den Kampf um mehr Brot. Und darum ist unsere Mahnung: Kaltes Blut bei allen Provokationen. Kommt es zu Kravallen, wie kürzlich in Bremen, so bleibt die organisierte Arbeiterschaft ihnen fern. Wie sich der Fanfagel dort bewegt, so kämpft man gegen, nicht für die Arbeiterrechte. Die Kämpfe im Baugewerbe und auf den Werkstätten haben gezeigt, mit welcher Methode wir unsere Siege erringen. Diese Methode wollen wir weiter üben, sie hat uns vorwärts gebracht, sie wird auch das Brandmal tilgen, das heute die Tagung der Knechte der Ehre der deutschen Arbeiter aufgedrückt hat.

### Christliche Gewerkschaften und „Christliches Sittengesetz“.

II.

E. Einer der meist umstrittenen Punkte des Nationalen Gewerkschaftstreiks ist die praktische Zweckmäßigkeit und sittliche Erlaubtheit des Streiks. Auch über diesen Punkt gibt es bereits eine Unzahl von gedrucktem Material. Die M-Glabbacher stützen sich vorwiegend auf die praktische Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dieses Kampfmittels; die Berliner, die alles in erster und letzter Linie vom religiösen Standpunkt untersuchen, auf die sittliche Unerlaubtheit des Ausstandes, wobei sie sich berufen auf päpstliche Rundgebungen und die Gnarlpatereien jesuitischer Moraltheologen, die die Eigenschaft haben, daß sie nicht nur einander, sondern sich auch noch selber widersprechen. Wiederlad legt seine Gewährsmänner in ziemlich weitherziger Art aus, wobei er herausfindet, daß nach allgemeiner moraltheologischer Ansicht der Streik auch dann nicht ungerügt sei, wenn es sich um eine „erlaubte Besserstellung der nicht ungerügten Arbeitsbedingungen“ handle wobei zu beachten ist, daß die Entscheidung, was als „erlaubt“ und „ungerügt“ zu gelten hat, nicht Sache der Arbeiter, sondern der „kirchlichen Autorität“ und außerdem von den jeweiligen Umständen abhängig ist. Und damit niemand den Moraltheologen Wiederlad im Verdacht habe, daß er mit seinen Ausführungen der Streikpraxis das Wort reden wolle, endet er seine Untersuchung mit den Worten:

„Wir schließen uns selbstverständlich rückhaltlos den Moraltheologen an, die, wenn sie den Streik behandeln, vor jedem nicht nur ungerügten oder lieblosen, sondern auch unüberlegten Vorgehen warnen und die verschiedenen sowohl wirtschaftlichen wie auch sittlichen Schäden, die der Streik herbeiführen pflegt, aufzählen. Auch ist oft genug und mit hinreichendem Nachdruck auf den Unterschied, der zwischen den einzelnen Streiks besteht und für die sittliche Beurteilung desselben von Wichtigkeit ist, aufmerksam gemacht worden.“

Wir ändern Worten: Der Streik ist theoretisch wohl erlaubt, aber praktisch nicht zu empfehlen! Und nun zum letzten Kapitel der Wiederlad'schen Schrift: Interprofessionalismus und gewerkschaftliche Bestrebungen. Schon auf der ersten Seite hatte der Verfasser bemerkt, daß zu den Mitteln zur Erreichung

\* Nachzulesen in der vom Zentralverband der Rauerer 1909 herausgegebenen Schrift: „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen.“ S. 81 bis 85.

wirtschaftlicher Zwecke auch der Zusammenschluß katholischer und nichtkatholischer Arbeiter gehöre, und es könne „keinem Zweifel unterliegen, daß die kirchliche Autorität, wenn das christliche Sittengesetz diesen Zusammenschluß nicht erlaubt, ihn ausdrücklich verbieten kann.“ Allerdings sei die sittliche Erlaubnis der Handlungen sehr oft von äußeren Umständen abhängig, und da diese äußeren Umstände in den verschiedenen Gegenden oft sehr verschieden seien, so könne es eintreten, daß das Zusammenwirken mit Nichtkatholiken in einem Lande „gefahrlos und darum sittlich statthaft“, in einem andern Lande aber „nicht ungefährlich und daher sittlich anfechtbar“ sei — womit von vornherein die christlichen Gewerkschaften in die Hände der Bischöfe gegeben sind, die ihre Interkonfessionalität zum Anlaß nehmen können, gegen sie vorzugehen, wenn sie dadurch das „christliche Sittengesetz“ für verletzt erachten.

Im letzten Kapitel seiner Schrift geht Wiederlad näher auf die Frage ein. Er unterscheidet zunächst den Interkonfessionalismus der Glaubensgrundsätze von dem Interkonfessionalismus des persönlichen Verkehrs. Nachdem Wiederlad sich über die Verwerflichkeit des Interkonfessionalismus der erstgenannten Art ausgelassen hat, kommt er zu dem Schluß, es lasse sich nicht behaupten oder beweisen, daß ein Zusammengehen protestantischer und katholischer Arbeiter, wie es die Zugehörigkeit zur selben Gewerkschaft mit sich bringe, jenen Interkonfessionalismus der Lehre voraussetze oder fördere. Außerdem bestche ja doch in den katholischen Arbeitervereinen das Mittel, um auch eine entfernte Gefahr eines verwerflichen Interkonfessionalismus und der religiösen Verflachtung zu beseitigen.

Was den Interkonfessionalismus des persönlichen Verkehrs angeht, so ist er, wie Wiederlad darlegt, durch das „göttliche Gesetz“ verboten, wenn aus ihm eine „Gefahr für den Glauben oder das christliche Leben“ entspringt. Zur Unerschütterlichkeit ist nicht erforderlich, daß durch eine solche Verbindung wirtschaftlicher Art für die katholischen Mitglieder der Abfall vom Glauben herbeigeführt werde, es genügt schon die „Gefahr“, im Glaubensleben schwächer zu werden oder im Glauben zu erlahmen — wobei Wiederlad nicht unterläßt, gebührend hervorzuheben, daß die äußeren und persönlichen Umstände die Gefahr vergrößern oder verringern können. Er kommt dann bezüglich der Gewerkschaften zu folgendem Ergebnis:

„Da der persönliche Verkehr sich nur auf die gewerkschaftliche Tätigkeit als solche zu beziehen darf, diese sich aber ihrer Natur nach innerhalb sehr bestimmter Grenzen hält, so läßt sich nicht sagen, daß die Notwendigkeit dieses Verkehrs die Bildung interkonfessioneller Gewerkschaften oder den Eintritt in dieselben unerlaubt macht. Um so weniger ist das der Fall, wenn nicht zu verzehrenden Gründe vorliegen für die Zulassung auch protestantischer Arbeiter. Als nicht zu verzehrenden Grund wird man die numerische Stärkung der Gewerkschaft und die dadurch erzielte höhere Geeignetheit zur Erreichung des gewerkschaftlichen Zweckes, der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, sicher anerkennen müssen.“

Also das Zusammenwirken mit evangelischen Arbeitern ist den katholischen Arbeitern nur erlaubt unter der Voraussetzung, daß es auf die gewerkschaftliche Tätigkeit beschränkt bleibt und diese sich „innerhalb bestimmter Grenzen“ hält. Weileibe darf der gewerkschaftliche Zusammenschluß nicht zu einem vertraulichen Verkehr der Angehörigen verschiedener Bekenntnisse führen, dann wäre die Gefahr, „im Glauben zu erlahmen“, für den katholischen Arbeiter gegeben. Und deshalb erläßt Professor Pater Wiederlad zum Schluß noch folgende eindringliche Mahnung:

„Andererseits muß aber auch vorgezogen werden, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften den Katholiken zu keinem weiteren, namentlich zu keinem vertraulichen persönlichen Verkehr mit andersgläubigen Mitgliedern gegeben werde.“

Am Gottes willen nicht! Der evangelische Arbeiter darf in die interkonfessionellen, richtiger: ultramontanen Gewerkschaften eintreten, schon aus dem „nicht zu verzehrenden Grunde“, weil er dadurch zur Stärkung der kirchlichen Schutztruppe beiträgt. Aber er lasse sich nicht einfallen, nun etwa den Anspruch zu erheben, daß er damit dem katholischen Gewerkschaftsbruder als gleichwertig zu gelten habe. Niemals! Er bleibt nach wie vor eine „sittliche Gefahr“ für das katholische Gewerkschaftsmitglied; ein über die „bestimmten Grenzen“ der gewerkschaftlichen Tätigkeit hinausgehender Verkehr mit ihm, dem evangelischen Arbeiter, gilt für den katholischen Arbeiter als „sittlich unerlaubt“. Außerhalb der Gewerkschaft hört die Kollegialität, die Freundschaft auf. Da tritt die „kirchliche Autorität“, die Hüterin des „christlichen Sittengesetzes“ in Wirksamkeit und sondert den katholischen Arbeiter nach rechts zu den Schafen, den evangelischen Arbeiter nach links zu den Böcken!

Nun weiß man wenigstens, wozu auf Grund der „unveränderbaren theologischen Grundsätze“, wie sie Meister Wiederlad so weisheitsvoll verkündet, die evangelischen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften gut sind. Daß die unter der Fuchtel der Herren Pumm und Behrens stehenden christlichsozialen Arbeiter soviel Selbstachtung besitzen, sich für die ihnen zugegebene Rolle zu bedanken, bezweifeln wir. Aber über diesen Kreis der Ärmsten an Geist hinaus wird sich doch wohl so leicht kein evangelischer Arbeiter mehr finden, der Lust zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften empfindet, um dort gebuddelt zu werden, bis es der „kirchlichen Autorität“, das heißt den Bischöfen gefällt, ihm den Wafel der „sittlichen Gefahr“ anzuhängen.

## Das Genossenschaftswesen als Kampfmittel.

II.

Woran liegt es nun, daß das Konsumgenossenschaftswesen eine solche hohe Stufe der Entwicklung erreichte, während die zuerst und so fleißig propagierten Produktivgenossenschaften entweder zugrunde gingen oder entarteten? Nun, die Sache ist sehr einfach: Die Konsumgenossenschaft stellt der heutigen Form der Gütererzeugung und -Verteilung eine höhere Form gegenüber, was die Produktivgenossenschaft alten Stils nicht tut und nicht tun kann. Arbeiter, die (oft mit ungenügenden Mitteln) eine Produktivgenossenschaft errichten, sind dem Kapital tributpflichtig; sie müssen, um die Betriebssummen zu schaffen, entweder Anteilsscheine an nicht im Betrieb tätige Genossen ausgeben oder Darlehen aufnehmen. Da ihnen niemand Geld gratis zur Verfügung stellt, so müssen sie im ersten Falle den Reingewinn mit den nicht mitarbeitenden aber das Kapital gebenden Genossen teilen, wodurch die Genossenschaft eigentlich zu einer Aktiengesellschaft mit Gewinnbeteiligung der Arbeiter wird, während sie im zweiten Falle meist so hohe Zinsen zahlen muß, daß den Genossenschaftlern oft kaum der gewöhnliche Arbeitslohn übrig bleibt. Die Aussicht, aus diesem Hörigkeitsverhältnis herauszukommen, ist für die Genossenschaft außerordentlich gering, da diese bei ihrer weiteren Entwicklung meist auf große Schwierigkeiten stößt.

Das schwierigste Problem für die Produktivgenossenschaft ist aber die Schaffung des Absatzes, die durch die instinktive Feindschaft der kapitalistischen Rundschau gegen die „sozialistische“ Genossenschaft außerordentlich erschwert wird: Diese Schwierigkeiten bei der Schaffung des Absatzes kann auch die Sympathie der Arbeiterklasse nicht aufwiegen, um so mehr als sich diese Sympathie erfahrungsgemäß nur so lange in der Zubereitung der Rundschau äußert, als die Genossenschaft bessere und womöglich auch billigere Waren liefern kann als die private Konkurrenz. Wenn es aber an Abnehmern mangelt, so kann selbst das zum Produzieren vorhandene Kapital die Genossenschaft nicht vor dem Untergang retten, der sich dann gewöhnlich um so schneller einstellt, je größer die technischen, kaufmännischen und andern Mängel im Betriebe sind.

Allen diesen Schwierigkeiten entgeht die Konsumgenossenschaft dadurch, daß sie sich in ihren eigenen Mitgliedern zunächst ein festes Absatzgebiet schafft. Erst auf Grund dieses gesicherten Absatzes geht sie dann zum Einkauf von Waren oder zur eigenen Produktion über. Sie erzeugt nicht Waren und erbaud nicht Käufer für fremde Kapitalisten, von denen sie nicht weiß, ob sie die von ihr erzeugten Produkte abnehmen, sondern sie tut dies je nach Bedarf nur für ihre eigenen Mitglieder. Dadurch vermeidet sie die Konkurrenz auf offenem Markte und die stets Rückschläge bringende Ueberproduktion. Und während die mit knappen Mitteln von Arbeitern gegründeten produktivgenossenschaftlichen Betriebe an die mit riesigen Kapitalien errichteten und mit den modernsten Einrichtungen ausgestatteten Konkurrenzbetriebe meistens bei weitem nicht heranreichen, ist den Konsumgenossenschaften schon infolge der rücksichtigen Verhältnisse im Kleinhandel, ferner infolge der Ausschaltung des vertuernden Zwischenhandels und meist auch infolge ihres großen Absatzes eine geschäftliche Ueberlegenheit sicher. Diese geschäftliche Ueberlegenheit in Verbindung mit der auf dem gesicherten Absatz aufgebauten soliden Grundlage der Konsumvereine ist es, die den Siegeszug der Konsumvereinsbewegung erklärt.

Dazu kommt noch ein weiteres nicht zu unterschätzendes Moment, nämlich das starke Interesse, das die große Masse der Konsumenten an dem Gelingen der Konsumgenossenschaft hat. Die Produktivgenossenschaft alten Stils ist Eigentum einer Anzahl bei ihr beschäftigter Arbeiter und vielleicht einiger kapitalistischer Geldgeber; der eventuelle Gewinn kommt nur diesen zugute, während die Konsumenten leer ausgehen. Je mehr sich in einer solchen Genossenschaft die kapitalistische Tendenz auf Steigerung des Profits durchsetzt, desto größer wird sogar für die Konsumenten die Gefahr der Ueberzeugung; jedenfalls aber ist das

Interesse der Produzenten, die viel verdienen wollen, dem der Konsumenten, die billig einkaufen wollen, fast immer entgegengerichtet. Die Produktivabteilungen der Konsumgenossenschaften dagegen sind, wie diese selbst, Eigentum der Konsumenten, die Gewinne kommen nicht nur den bei den Genossenschaften beschäftigten Arbeitern zugute, sondern der Gesamtmasse der Konsumenten nach Maßgabe ihres Verbrauchs. Wer viel von der Genossenschaft bezieht, bekommt viel, von dem Gewinn ab, wer weniger bezieht, bekommt entsprechend weniger. Diese Beteiligung am Gewinn wirkt unter den Konsumenten agitatorisch und trägt so zur Stärkung der Konsumvereine bei, sie gibt gewissermaßen von innen heraus den steten Antrieb zur Ausbreitung der Genossenschaften.

Der wesentlichste Unterschied zwischen den Produktivgenossenschaften alten Stils und den modernen Konsumgenossenschaften liegt also darin, daß die Produktivgenossenschaften im günstigsten Falle Eigentum der bei ihnen beschäftigten Produzenten sind, denen auch der Gewinn zufällt, während die Konsumgenossenschaften Eigentum der Gesamtheit der Konsumenten sind, denen gleichzeitig auch die Gewinne zugute kommen. Ferner äußert sich der Unterschied zwischen beiden darin, daß die Produktivgenossenschaften zunächst produzieren und dann für ihre Produkte ein Absatzgebiet suchen, während sich die Konsumgenossenschaften mit der Organisierung des Konsums und der Feststellung seiner Bedürfnisse zunächst ein Absatzgebiet sichern und dann mit der Produktion beginnen, die sie dann allerdings auch fast ohne jede Gefahr betreiben können. So sind denn eine ganze Reihe der größten Konsumvereine in den verschiedensten Ländern zur teilweisen Eigenproduktion übergegangen und die von ihnen erzeugten Waren und Lebensmittel repräsentieren bereits heute einen gewaltigen Wert. Allein die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften produzierten im Jahre 1909 Waren und Lebensmittel im Werte von M. 44 776 500. Weit größer ist aber die Eigenproduktion der englischen Konsumgenossenschaften, die in Verbindung mit der englischen und schottischen Großeinkaufsgesellschaft und den Mühlengenossenschaften 1908 Waren und Lebensmittel im Werte von 420 Millionen Mark produzierten. Die Zahl der bei diesen Genossenschaften tätigen Personen betrug 110 000. Schon an diesen Zahlen läßt sich die gewaltige Bedeutung erkennen, die den Konsumvereinen mit Produktivabteilungen im Wirtschaftsleben der Zukunft zukommen wird.

Was ist es nun, daß die Konsumgenossenschaften besonders als Kampfmittel für die Arbeiterklasse charakterisiert? Nun, schon die Tatsache, daß die Arbeiterklasse unter möglicher Ausschaltung kapitalistischer Unternehmer und Händler in den Konsumvereinen die Herstellung und Verteilung der für sie notwendigen Waren und Lebensmittel zum Teil selbst in die Hand nimmt, ist von großer Bedeutung; denn die Arbeiterklasse, die doch später die Leitung der ganzen Gesellschaft übernehmen soll, erhält dadurch am besten einen Einblick in das verworrene Getriebe des Wirtschaftslebens, sie kann sich im Kleinen langsam an ihre spätere Aufgabe im Großen vorbereiten. Von großer Bedeutung ist auch, daß durch die genossenschaftliche Tätigkeit dem Privatkapitalismus viele Tausende Arbeiter entzogen werden, für die in den Genossenschaftsbetrieben vorbildliche Arbeitsbedingungen geschaffen werden können. Soweit die Konsumvereine ihre Waren und Lebensmittel nicht selbst produzieren, sondern von kapitalistischen Betrieben beziehen, können sie doch auf die günstige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Betrieben einwirken. Des weiteren kann durch die Konsumgenossenschaftlichen Ueberläufe, die sonst den Privatkapitalisten als Profit zugute kämen, die Finanzkraft der Arbeiter gestärkt und ihre Lebenshaltung verbessert werden. Außerdem verhindern die Konsumvereine eine allzu große Preistreiberei der Kleinhändler, wodurch sie gleichzeitig verhindern, daß den Arbeitern die im gewerkschaftlichen Kampf errungenen Lohnerhöhungen durch die Preispolitik der Kleinhändler wieder gestohlen werden. Ganz können natürlich die Konsumvereine die Preissteigerungen nicht verhindern, weil diese zum großen Teil politische Ursachen haben. (Zölle, Verbrauchssteuern usw.), denen die Arbeiterklasse auf politischem Gebiet zu weichen muß. Und schließlich ist auch nicht zu verkennen, daß sich in der Ausbreitung des Genossenschaftswesens langsam und fast unmerklich ein Stück Sozialisierung der Gesellschaft vollzieht: Die Konsumgenossenschaften produzieren, wenn auch vorläufig nur im Kleinen, unter Ausschaltung des Privatkapitals und der privaten Profit-erzeugung für und durch die Gesellschaft. Sie fangen im Kleinen an, die Produktionsmittel in die Hand der Allgemeinheit überzuführen, wodurch sie die Sozialisierung der ganzen Gesellschaft vorbereiten und unterstützen.

Damit glauben wir unsern Kollegen die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Genossenschaftsbewegung für den proletarischen Emanzipationskampf genügend dargelegt und gleichzeitig gezeigt zu haben, in welcher Richtung sich die genossenschaftliche Betätigung in erster Linie zu halten hat. Auf die Anregungen einzelner Kollegen zur Gründung von Produktiv- und Verkaufsgenossenschaften

als Kampfmittel gegen die Unternehmer sind wir dabei absichtlich nicht eingegangen; doch ergibt sich unseres Erachtens aus dem Gesagten ganz von selbst, daß die Gründung und Erhaltung solcher Genossenschaften nur dann erfolgversprechend sein könnte, wenn eine wirtschaftliche Notwendigkeit für ihre Bestehen vorhanden und der Absatz ihrer Produkte auch in Friedenszeiten gesichert wäre. Nach unserer Auffassung ist dies vorläufig nicht der Fall und wird es auch in absehbarer Zeit nicht sein. Deswegen kann immerhin hier und dort die Möglichkeit vorhanden sein, daß in der angeregten Richtung etwas geschehen kann. Aber allzu große Hoffnungen sollten unsere Kollegen auf solche Kampfmittel nicht setzen. Dagegen empfehlen wir unsern Kollegen dringend die Stärkung der Konsumvereine, durch deren Ausdehnung und mit deren Hilfe vielleicht noch am ehesten die Durchsetzung wenigstens eines Teiles der hochfliegenden Pläne unserer Kollegen möglich wäre.

### Politische Umschau.

Staatsrechtsgelände des „frommen“, Reichsboten“ und der Antifemiten. — Die Hege gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. — Die Sammelpolitik der Nationalliberalen. — Der Ruf nach einer zugkräftigen Wahlparole. — Arbeiter und Aktionäre. — Wirkungen des Schnapsbottens. — Der Herr Sanitätsrat Dr. Fajbender als Volkshygieniker. — Das Ende des französischen Eisenbahnerstreiks.

Es ist eine alte Erfahrung, daß in der Geschichte Zeiten der politischen Stagnation und des Niederganges wechseln mit solchen der Hiebertätigkeit, des Vorwärtstreibens. Die betriebl. wirtschaftlichen Kämpfe des letzten Jahres in Deutschland, die Revolution in Portugal, der französische Eisenbahnerstreik und andere Vorgänge auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete lassen erkennen, daß wir in einer Zeit der „Umwertung aller Werte“ leben. Und da ist es kein Wunder, wenn die rasche Auseinanderlösung dieser Ereignisse bei so manchem Verehrer der preussischen Regierungsweise die Verwirrung gesteigert hat, wenn eine Anzahl Redakteure und Mitarbeiter konservativer und geistesverwandter Mütter an Rohwörterstellungen leiden und die Beziehungen der scharfmächtigsten Presse immer konfuser und brutaler werden. Daß die Reaktionen aller Zeit gern mit dem Staatsrechtsgelände spielen, ist eine längst bekannte von uns in unserer vorletzten Nummer schon charakterisierte Tatsache. Wie ein Schloß und wieweit und steht man die Regierung an, alsbald nach Wiederöffnung des Reichstages diesem ein verhängnisvolles Gesicht gegen die sogenannten „gemeingefährlichen“ Reichstagsgegner der Liberalen und Sozialdemokraten vorzulegen. Der Zweck der Hebung ist natürlich der, durch Anhebungsgehe die Agitationskraft der Sozialdemokratie noch vor den nächsten Reichstagswahlen zu fähnen.

Ein Täuschungsversuch, der in seiner Harmlosigkeit allerdings nicht mit der politischen Schulung der Massen rechnet, ist der Vorschlag des konservativen „Reichsboten“, der dahin geht, einen besonderen Reichstagsförderer als erste Kammer des Reichstages den getreulichsten Kämpfern des Reiches einzurufen. Wie der „Reichsbote“ sich die Zusammenkunft dieses „Oberhauses“ dem, verortet er noch nicht; daß dieser Vorschlag aber auf nichts anderes als auf eine Ausgestaltung der Opposition hinausläuft, geht daraus hervor, daß die Zustimmung des Bundesrates mit einer Kammer für die Verabschiedung eines Gesetzes als ausreichend erachtet werden soll. Gar zu plump ist es, wenn der „Reichsbote“ glauben machen will, daß hierdurch dem einzelnen Staatsbürger der „Vollgenuß aller politischen Rechte gesichert“ würde. Eine einzigartige Erscheinung in der Geschichte des Parlamentarismus würde ein Reichstag sein, der doch nichts zu sagen habe, sondern nur zusammenzutreten, um schöne Reden zu halten. Der „Reichsbote“ überlistet dabei doch ganz, daß der Bundesrat schon eine Art von Oberhaus repräsentiert.

Im trauten Verein mit den Frommen wollen auch die Antifemiten, in ihrer böstlichen Eigenart allzeit treu Schützlinge der Reaktion, in Sachen des Staatsrechtes mitmachen, indem sie offen eine Beschränkung des Reichstagswahlrechts auf diejenigen Leute verlangen, die ein „natürliches Interesse an der zukünftigen Entwicklung des deutschen Volkes und des deutschen Staates haben“. Sie, die in die Wahltagation mit ihrer Programmforderung: „Erhaltung des allgemeinen, gleichen und direkten Reichstagswahlrechts auf den Stimmfang geben, die mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit haufen, entblößen sich jetzt nicht, den „Innehaften“ (soll wohl heißen den Arbeitermassen, die im Lande nach Arbeit suchen und ihren Wohnsitz häufig in die Nähe der Arbeitsstätte zu verlegen gezwungen sind) das Wahlrecht zu rauben. Das Interesse an der geordneten Entwicklung des Staates haben selbstverständlich die Antifemiten und ähnliche Geistesverwandte in Erbschaft.

Daß an bösartiger Verbeugung die „Roff“, das Organ des großindustriellen Scharfmacherverbandes, nicht hinter andern reaktionären Mäthern zurückstehen darf, versteht sich am Bande. Sie sucht insbesondere gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter scharf zu machen. Ihr ist noch nicht genug Blut bei den Moabitern zusammengeflossen; für sie hat das Verhalten der Staatsgewalt keine abschreckende Wirkung auf die sozialdemokratisch organisierten Massen“ ausgeübt, und die schnellster Wunsch wäre es sicher, wenn die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen mit Kleinfabrikanten und Maschinengelehrten im Bunde ertränkt würden. Daß die Kraft des Proletariats in den streifen Organisationen liegt, haben die Scharfmacher erkannt, und in ihrer Giftigkeit predigen sie die Anwendung offener brutaler Gewalt gegen das den Arbeitern selbstverständlich geistlich aufstrebende Recht der Arbeitervereinerung.

Eine in ihrer Zweiteilung besonders klägliche Rolle spielt in diesen Zeiten der politischen Gärung der Nationalliberalismus. Nachdem die Sammelpolitik dieser „Mittelpartei“ selbst von Baffemann auf dem nationalliberalen Parteitag in Kassel sanktioniert worden ist, nach-

dem die „Zusammenfassung aller liberalen und konservativen Kräfte“ als das A und das O der von den Großindustriellen des Westens ausgeschalteten Partei propagiert wurde, kommt in ihrer Presse, allen voran die „Allnische Zeitung“, diese Sehnsucht nach einem neuen Blod wiederholt zum Ausdruck. Nach allen schlimmen Erfahrungen des vorigen Jahres gegenlich der Beratung der „Finanzreform“ bleibt die „Alln. Ztg.“ bei der Ueberzeugung, daß die bürgerlichen Parteien auf ein Zusammengehen angewiesen sind und daß die alte Idee des „Bündnisses“ auch nach und trotz seiner Sperrung im Grundtats die richtige bleibe. Die Nationalliberalen befinden sich damit wieder in der Gesellschaft mit konservativen und Agrariern, denen eine „Sammlung und Stärkung“ erforderlich erscheint und die in ihrer zielbewussten Politik die Stölkerei des Nationalliberalismus ausnützen, um sie ihren Zielen, die auf eine noch stärkere agrarische Ausdehnung des Volks hinauslaufen, dienlich zu machen. In wirtschaftlichen Fragen und im Bestreben, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit allen geistlichen und ungeistlichen Mitteln zu führen, hat sich ja immer schon die edle Harmonie zwischen den Krautkulten des Stens und den Seltbaronen des Westens gezeigt, und je mehr sich die innerpolitische Lage zuspitzt, desto schneller werden die Nationalliberalen auf der schiefen Ebene nach rechts hinabgleiten und sich zu willkürlichen Delikten der Agrarier gebrauchen lassen.

Einstweilen hofft man immer noch für die nächsten Reichstagswahlen auf eine zugkräftige Wahlpärole der Regierung. Bisher nahm man, besonders nach der Danziger Kaiterrede, an, daß unter der Wahlpärole: „Ausbau der Schulpolitik“ gesammelt werden soll. Jetzt scheint es jedoch, daß man es nicht für geraten hält, in den Zeiten der systematischen agrarischen Volksanspornerung auf Wahlsprüche unter dieser Parole auszugehen. Und so wird der Nationalregierung aus Bundesratskreisen geschrieben, daß die nationale Trommel wieder durchs Land gehen solle und man „die nationalen Eitenzungen“ zur Wahlpärole für Neuwahlen machen wolle. Nun, wir glauben, daß die Mehrzahl der deutschen Wähler genugsam erkannt hat, daß neben der Habgier der Agrarier gerade der Militarismus der Kampfruf ist, der am Marke des Volkes faugt.

Ein lehrreiches Beispiel des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Aktionären in unseren kapitalistischen Betrieben liefert der letzte Geschäftsbericht des Vöhringer-Hüttenvereins Auneh-Grube.

Nach dem Rechnungsabschluss stellte sich bei einem Vortrag von M 571 588,69 der Betriebsüberschuss auf M 921 508,47. Nach Abhebung von M 806 955,32 für allgemeine Unkosten, M 614 341,88 für Zinsen und M 272 374,54 für Abschreibungen usw. verbleibt ein Reingewinn von M 635 246,38. Hierbon werden erhebliche Summen für dieberige Fonds verwendet, M 521 395,54 erhalten die Aufsichtsräte und Direktoren als Gewinnanteile bezw. Beschlüssen für die tüchtige Ausnutzung der Arbeiter, auf neue Rechnung werden M 640 622,74 vortrogen und M 2840 000 als gesprozentige Dividende an die Aktionäre verteilt — im bergangenen Jahre mußten sie sich mit 7 pSt. begnügen. Da insgesamt 5136 Arbeiter beschäftigt wurden, die zusammen M 6 804 951,83 Lohn erhielten, ergibt sich ein Durchschnittslohn von M 1 325 für den Arbeiter. Geschäft hat aber ein jeder viel mehr. Die notwendigen Unkosten, Abschreibungen usw. abgerechnet, für die Aktionäre M 550 und für die Aufsichtsräte und Direktoren M 101, so daß er M 1876 hätte bekommen müssen, wenn es keine Parasiten gäbe.

Neulich ausgingen werden die Arbeiter in den meisten heutigen Betrieben. Es könnte jeder ein menschenwürdiges Dasein führen, wenn die hohen Unternehmergewinne wegfiele. Aber bis zur völligen Zurückdrängung dieses Schmarbepertums ist noch manch heftiger Kampf zu bestehen; denn nur der Macht und dem Zwange weichen diese. Diese Macht hat die Arbeiterkraft, wenn sie sich zusammenschließt und einig ist; aber auch nur dann kann sie Verhältnisse herbeiführen, in denen sie den Erfolg ihrer Arbeit voll und ganz genießen kann.

Welche große Macht dem geschlossenen Vorgehen der Arbeiterorganisationen innewohnt, davon zeugen die Ausführungen des „Gann. Couriers“ in Sachen des Schnapsbottens. Noch im vorigen Jahre glaubte das nationalliberale Blatt, über diesen Vorkatzenbeschluß des Leipziger Parteitages lächeln zu dürfen. Jetzt lesen wir dort:

„Es liegt jetzt ein reichliches Betriebsjahr hinter uns nach Annahme des Branntweinsteuergesetzes und auch der Leipziger sozialdemokratischen Resolution, die den Branntweinbottens als Protest gegen die neuen Steuererlasse agrarisch-konservativ-ultramontaner Herkunft aussprach. Die Verbrauchsfiguren des letzten Jahres sind soeben veröffentlicht; aus ihnen geht hervor, daß der Trinkenverbrauch zurückgegangen ist von 2 598 052 auf 1 796 070 hl; er ist also gefallen um 801 982 hl. Ein Teil dieses Rückganges dürfte darauf zurückzuführen sein, daß vor Zutritt des neuen Steuererlasses die Konsumenten sich mit Branntwein vorberzogen hatten; aber diese Vorberzogen ist doch nicht so erheblich gewesen, denn der rechnungsmäßige Weinverbrauch von Trinkenbranntwein in 1908/09 gegenüber 1907/08 beträgt nur 217 492 hl; selbst wenn man diese Menge ganz als Vorberzogen buchen wollte, was entschieden zu viel ist, so bleiben annähernd 600 000 hl Minderverbrauch, das ist etwa der viertheil Teil des Verbrauches von 1908/09. Es ist also nicht angängig, den Branntweinbottens als schlagendes zu bezeichnen. Zwar ist die Parole der Sozialdemokratie: „Weg mit dem Fusel der Agrarier“, nicht an allen Orten befolgt worden, weil die organisierten nicht sämtlich auf die alte Lebensgewohnheit verzichtet haben. . . . Manderlei Gegenkräfte waren vorhanden, und es ist dennoch ein ansehnlicher Erfolg erzielt worden. Was man anfangs verlangte, nämlich den Rückgang des Verbrauches um mindestens 10 pSt., ist überholt worden. Nun soll ja auch nicht übersehen werden, daß das letzte Jahr reich an Arbeiterkonflikten gewesen ist, wobei alle Lurusausgaben eingeschränkt worden sind. Immerhin darf man annehmen, daß durch die teilweise Befolgung des Branntweinbottens für die Arbeiterbevölkerung etwa zwei Millionen Mark für andere Zwecke verfügbar geworden sind. Auch auf bürger-

licher Seite tut man daher gut, die Kraft der sozialdemokratischen Organisationen nicht zu unterschätzen.“

Aus den Mitgliedern der „Deutschen Tageszeitung“ über den Rückgang im Konsum des Trinkenbranntweins weiß jetzt das wertigste Volk, wo die Schlüsselberse der Agrarier ist. Mag es Partei und Gewerkschaften ein Anporn sein, den Schnapsbottens noch nachdrücklicher durchzuführen.

Wie die Infolge der ruinösen Wirtschaftspolitik der herrschenden Parteien und Klassen herbeigeführte Steigerung der Lebensmittelpreise immer drückender besonders im Haushalt des Arbeiters wirkt, wie knapp alles gehalten werden muß, um nur die dringlichsten Ausgaben bestreiten zu können, welche Mittel zur Lösung speziell der Notwendigkeit angewendet werden müßten, das ist von uns schon des öfteren ausgeführt worden. Nachdem nun aber der Sanitätsrat Dr. Fajbender sich der Frage der hohen Fleischpreise und deren Einflusses auf die Volksernährung und Volksgesundheit angenommen hat, können wir der Kuriosität halber nicht umhin, den Extrakt der Weisheit dieses Herrn unsern Lesern zur Kenntnis zu bringen. Wir waren der Ansicht, daß kräftige Fleischnahrung für jeden angezogen arbeitenden Menschen ein Bedürfnis sei. Nachdem nun aber Dr. Fajbender uns sein Licht hat leuchten lassen, wissen wir, daß wir uns in einem verlagerten Zertum befinden. Wir führen immer nach Fajbender, unserm Körper schon viel zu viel Eiweiß zu; wogu also noch das Eiweiß enthaltende Fleisch? Weiter heißt es dann:

„Würden die Kräfte, welche in der Sorge für die sinnlose Zufuhr übergroßer einseitiger Nahrungsmengen beschwendet werden, weise gespart, so würde dieses nicht nur zur Gesundheit, sondern auch zur Veredelung der Menschen auf körperlichem und geistlichem Gebiete führen.“

Vielleicht demonstriert uns der Herr Sanitätsrat die Nichtigkeit seiner Theorie vor Augen. „Grua, teurer Freund, ist alle Theorie!“, für uns können nur praktisch einwandfreie Versuche überzeugend wirken. An tauglichen Versuchsobjekten wird es sicher nicht fehlen; wir schlagen neben seiner eigenen werten Persönlichkeit dem Herrn einige Mitglieder des Bundes der Landwirte dazu vor. Ob die nach Fajbender eintretende „Veredelung auf körperlichem und geistlichem Gebiete“ wohl schädigend auf die Volkswohlfahrt wirken würde?

Die von uns in voriger Nummer gebrachte Nachricht von dem völligen Zusammenbruch des französischen Eisenbahnerstreiks hat ihre Bestätigung gefunden. Der Eisenbahner- und Lokomotivführerverband erließ ein Manifest, nachdem sowohl in Paris wie in den Provinzen Tausende von Arbeitern den Dienst wieder angetreten hatten, worin die noch Streikenden ausdrücklich zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wurden, unter der Motivierung, daß die schnelle Beilegung des Streiks dem gewerkschaftlichen Interesse am meisten entspreche. Das Manifest protestiert gegen die Parteinahme und gegen die Ungleichheiten der Regierung des Herrn Briand sowie gegen die Verleumdungen der organisierten Arbeiterkraft durch die kapitalistische Presse und gegen die verräterische Teilnahmslosigkeit gewisser Parlamentarier. Zum Schluß wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Zukunft die Stärkung der Organisation und damit die Möglichkeit bringen werde, die jetztigen Forderungen durchzuführen.

Herr Briand war, wie wir in der letzten Umschau bemerkten, noch vor etwa einem Jahrzehnt einer der fanatischsten Generalstreikpropagandisten. Zu seiner Charakterisierung bringt die „Humanität“ eine von ihm und Millerand im Jahre 1900 unterzeichnete Proklamation in Erinnerung, in der diese Herren im Namen der sozialistischen Partei gegen die Angriffe auf die Freiheit der Gewerkschaften und das Streikrecht protestierten. In der Tat, Herr Briand hat sich als positiver Verwandlungskünstler bewährt; er hat sich zu einem sehr radikalen Ordnungspolitiker entwickelt. Die früher von ihm bekämpfte Gewaltpolitik wendet er jetzt selbst in rücksichtsloser Weise an im Interesse der Kapitalisten, die er einmals als Ausgeburt jeder Schelmenheit und Niederträchtigkeit hingestellt hat. Er ließ Arbeiter einperren, die das ihnen geschicklich zugehende Streikrecht ausübten; er erklärte, mit einem Streikkomitee nicht verhandeln zu wollen; er verbot die Veranstaltung einer Massenuntergebung gegen die Regierung unter dem Vorwande, daß sie zur Aufrechterhaltung der mobilisierten Eisenbahner dienen könnte.

Immerhin ist der Streik nicht ganz und gar wider die Interessen der Arbeiter verlaufen. Nach einer offiziellen Mitteilung haben die Direktoren der Eisenbahngesellschaften sich doch genötigt, einige Konzessionen zu machen: vom 1. Januar 1911 ab sollen alle in Paris wohnenden Eisenbahner einen Minimallohn von Fr. 5 täglich erhalten; außerdem wird dem Regional das Wechselrecht zuerkannt. Diese Zugeständnisse sind ein schlagender Beweis dafür, wie durchaus berechtigt der Streik war. Noch nicht Fr. 1500 werden den Eisenbahneren verbürgt, die in Paris wohnen, in einer Stadt, die besonders schwer unter den Feuerungsverhältnissen zu leiden hat. In Rücksicht auf diese Tatsache hatten die Eisenbahner selbst an Stelle des Tageslohnes ein festes Jahreseinkommen von Fr. 1500 verlangt.

Schon Monate hindurch zeigen auch in Frankreich die Agrarvölkche ihre Volksernährung bedrohende Wirkung. In guten Erntejahren bedarf das Land keiner nennenswerten Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten. Aber in diesem Jahre ist die Ernte sehr schlecht ausgefallen; das Land hat deshalb eine sehr starke Einfuhr nötig; diese Einfuhr aber ist an hohe Zölle gebunden, und so entsteht unter Pünktigkeit eines gewissenfalls Lebensmittelmangels die Teuerung.

Der Verkauf des Eisenbahnerstreiks hat manche erste Lehre gebracht; er hat vor allem gezeigt, daß wenn die Arbeiter in Wahrung ihrer berechtigten Interessen denn schon einmal einen Generalstreik machen wollen, die besten und wichtigsten Voraussetzungen dafür eine starke Organisation, eine gute Disziplin der Masse und die nötigen Unterhaltungsmitel sind. In alledem hat es den streikenden Eisenbahnern gefehlt. Auch der Umstand ist nicht außer acht zu lassen, daß ein Streik, der das ganze öffentliche Verkehrsleben lähmt, stört und lahmlegt, nicht auf das Maß von Sympathie in den erwerbstätigen Klassen rechnen kann wie irgend ein anderer Streik.

# Maurerbewegung.

## Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

### Deutschland:

#### Maurer:

- Bad Orb (Streik).
- Barmen-Eibfeld (Sperrn über die Firmen Vöpel in Cockschof bei Wülfrath, Husemann in Neviges und Sandfort in Tönisheide).
- Berlin (Sperrn über den Bau der Firma Martini-Nowawes in Wannsee, Schäferstrasse).
- Bramsche (Streik).
- Bublitz (Aussperrung).
- Danzig (Sperrn über die Bauten des Unternehmers Wilke-Dirschau).
- Darmstadt (Sperrn über Val Hofmann in Griesheim).
- Hagen (Sperrn über das Kalkwerk Letmathe).
- Helmrechts b. Hof (Streik).
- Herford (Sperrn über die Arbeiten von Althoff & Lakemeier in Schweicheln).
- Laage (Streik).
- Memel (Sperrn über Paul Behrendt).
- Ochsenzoll (Sperrn über H. Wagners Bauten in Fuhlsbüttel).
- Podejuch (Sperrn über Rich. Kleinko und Wald Berg in Podejuch, Hermann Koch in Finkenwalde, Albert Kökelmann in Klütz und Aug. Saack in Retzowfelde).
- Rendsburg (Sperrn über die Baugeschäfte in Düvenstadt).
- Sakulien (Differenzen).
- Soden-Salmünster (Sperrn über Ruppel & Klingenberg).
- Westerland a. Sylt (Sperrn über die Arbeiten der Firma Matthies).
- Worpswede b. Bremen (Streik).

### Fliessenleger:

- Bochum (Streik).
- Gelsenkirchen (Sperrn über die Firmen Hünnebeck & Co. und Stolze).
- Isolierer und Steinholzleger:
- Bremen (Differenzen).
- Dresden (Sperrn über Grünzweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).
- Hannover (Streik).

### Oesterreich:

- Schwechat, Strakonitz.

### Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emben, Mürriberg, Oldenburg, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

### Gau Cöln.

Aus Nachen schreibt man uns: Als die hiesigen Unternehmer im Jahre 1907 mit der christlichen Organisation einen Tarif abschlossen, wurde als Lohnform die Staffellohn durchgeföhrt. 17 Wochen hatte der Kampf gedauert, und die Kollegen fanden alle auf dem Standpunkt, daß Einheitslöhne durchgeföhrt werden müßten. In verschiedenen Artikeln der hiesigen Zentrumsblätter wurde dieser Standpunkt auch von der Leitung des christlichen Verbandes vertreten. Es müßte deshalb um so mehr auffallen, daß die Staffellohn trotzdem durch Tarif anerkannt wurde. Aus Flugblättern der Christlichen ging dann hervor, daß die Unternehmer versprochen hatten, daß trotz der Staffellohn jeder der „vollwertig“ sei, den Höchstlohn erhalten würde. Dieses Versprechen haben aber die Unternehmer niemals gehalten. Im Gegenteil: Aus den von uns aufgenommenen Lohnstatistiken ging ungewisselt hervor, daß die Löhne immer in den untersten Grenzen bewegten, ja daß manchmal noch unter dem Mindestlohn gelöhnt wurde. Wenn wir auch nun hier und da die Löhne hinaufschreiben verhielten, so war an eine durchgreifende Bewegung in diesem Sinne doch nicht zu denken, weil ja die Christlichen in der Mehrzahl waren, und ein Zusammenarbeiten nicht zu ermöglichen war. Leider geschah auch von dieser Seite nichts oder sehr wenig. In den drei Jahren ihres Bestehens hat eine Schlichtungskommissionssitzung stattgefunden, und so stand denn der Tarif, da auch die Kollegen sich nicht rührten, lediglich auf dem Papier. Die Unternehmer lehnten sich an nichts, gahlten Löhne wie sie wollten, und die sonstigen Bestimmungen, wie Einkaltung der Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden usw., kümmerten sie sich erst recht nicht. Die Nachener Arbeiter hofften nun, beim Abschluß des neuen Tarifes in diesem Jahre die Staffellohn los zu werden; aber leider ist daraus nichts geworden. — Bei der Statistikaufnahme der letzten Zeit zeigte sich, daß die Unternehmer auch nach dem letzten Kampfe glauben, in dem alten Schiedsrichtern fortzuharren zu können. Trotzdem sich der Lohn nur in die 2. Stufe bewegen soll, müßten wir feststellen, daß für Maurer noch immer 12 und für Hilfsarbeiter 18 Klassen vorhanden sind. Der Lohn für Maurer soll augenblicklich 48 bis 52 s und für Hilfsarbeiter 38 bis 52 s betragen. Der Durchschnittslohn beträgt nach der Statistik für Maurer etwas mehr als 51 s pro Stunde. Das sieht so aus, als ob tatsächlich die obere Lohngrenze eingehalten worden wäre. Dem ist aber nicht so. Im Augenblick sind in Nachen einige auswärtige Firmen beschäftigt, die auf ihren Bauten wesentlich höhere Löhne (bis zu 80 s für Maurer) zahlen. Dadurch kommt der hohe Durchschnittslohn heraus. Streichen wir diese Firmen aus der Zusammenfassung, so ergibt sich sofort ein anderes Bild. Keine 15-pkt. der Kollegen erhalten den Höchstlohn. Das sieht man bei den Hilfsarbeitern, wo der Durchschnittslohn kaum 39 s beträgt. Also nicht 15-pkt. der Nachener Bauarbeiterchaft sollen voll

leistungsfähig sein! Das ist eine Beleidigung der Nachener Bauarbeiterchaft wie für das bauende Publikum, das doch nicht für sein Geld minderwertige Arbeiten haben will. Neben der für den Hauptvorstand bestimmten Statistik nahmen der Kollege Kessel von unsern Organisationen und Kollege Bücher vom christlichen Verband gemeinschaftlich eine besondere Statistik auf, um festzustellen, wie die Löhne seit 1907 bis jetzt gestiegen seien. Laut Bericht mußte der Lohn bis 1910 um 4 s gestiegen sein. Hierzu kommt der eine Pfennig beim Abschluß des jetzigen Tarifes, macht also zusammen eine Steigerung von 5 s. Wir konnten aber bei 98 Maurern und 53 Hilfsarbeitern folgendes feststellen: Von den Maurern hatten zwei eine Lohnerhöhung von 7 s, drei von 6 s, zehn von 5 s, 18 von 4 s, 24 von 3 s, 16 von 2 s, zehn von 1 s und sieben erhielten gar keine Erhöhung. Ferner erhielten: fünf Maurer 1 s, einer 2 s und drei 3 s weniger als 1907. Bei den Bauhilfsarbeitern hatten drei eine Lohnerhöhung von 5 s, fünf von 4 s, 14 von 3 s, neun von 2 s, elf von 1 s und acht erhielten keine Erhöhung. Ferner erhielten zwei 1 s und einer 2 s weniger als 1907. Diesen Zahlen wollen wir nichts hinzufügen, sondern nur bemerken, daß der Kollege, der seit 1907 eine Steigerung von 7 s zu verzeichnen hat, damals kaum ausgerechnet hatte und demzufolge auch einen äußerst geringen Lohn erhielt. — Wir stellten dem Unternehmerverband das Material mit einem Begleitbriefchen zu und brachten die Sache in einer Schlichtungskommissionssitzung zur Sprache. Hier kamen die Unternehmer mit dem alten Adenbücher, die Kollegen seien Faulenzer, sie bekämen noch zuviel Lohn (48 s für einen Maurer in der teuersten Stadt Deutschlands!!!) und was der verlogenen Behauptungen noch mehr sind. Die Vertreter der Arbeiter machten den Unternehmern aber klar, daß die Arbeiter nicht gelonnen seien, sich wie bisher über den Köhler barbarieren zu lassen, sondern, daß sie in Zukunft bei der Festsetzung der Löhne mitreden werden. Wir werden und müssen es fertigbringen, daß mindestens 80-pkt. der Kollegen den Höchstlohn erhalten. Dazu ist aber die Mitarbeit aller Kollegen notwendig. Wir müssen dafür sorgen, daß wieder alle Kollegen organisiert werden. Neue Kollegen, die wegen der Extrabeiträge abgesprungen sind, müssen auf ihr verdienstliches Tun aufmerksam gemacht und der Organisation wieder zugeführt werden. Zum Schluß wollen wir noch bemerken, daß der Tarif nun endlich unterschrieben und die 600-tägigen Zuschläge folgendermaßen geregelt sind: Bei Arbeiten, die mehr als 5 km, also eine Stunde, vom Eisenbahn (als Mittelpunkt der Stadt) entfernt liegen, sind den Arbeitern 5 s Zuschlag zu zahlen. Können diese abends nicht nach Hause kommen und sorgt der Unternehmer nicht selber für anständige Unterkunft und Verpflegung, so sind dem Arbeiter hierfür M 2 pro Tag zu bezahlen. Das Fahrgehalt wird vergütet.

In Reichlingen, Zweigverein Solingen, ist der Streik siegreich beendet worden. Der Stundenlohn wurde auf 56 s für Maurer und 46 s für Bauhilfsarbeiter festgesetzt. Am 1. April 1911 wird er auf 58 bezogen. 48 s und am 1. April 1912 auf 61 bezogen. 51 s erhöht. Der Maurerlohn schwankte bis jetzt zwischen 48 und 56 s, doch waren 56 s erst kurz vor dem Streik gezahlt worden; vorher war der Höchstlohn 54 s. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden.

### Gau Frankfurt.

In Lohr a. M., so schreibt man uns aus Wachsenburg, konnte die Lohnbewegung, die durch eine Bausperrn eingeleitet worden war, nach 14 Tagen für die Kollegen mit gutem Erfolg beendet werden. Am 10. Oktober wurde in Frankfurt a. M. zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband (dem in den letzten acht Tagen sämtliche Lohrer Bauunternehmer beigetreten sind) und der Arbeiterorganisation ein Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Neben andern Verbesserungen haben die Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 5 s pro Stunde erreicht. In diesem Kampfe zeigte sich die Polizei wieder als Stütze des Unternehmertums. Sie bewachte im Interesse des Unternehmers mit unsern freitagsstehenden Kollegen den Bahnhof und die Arbeitsstelle. Unter Polizeiaufsicht wurden täglich die Arbeitswilligen von und zur Bahn begleitet. Die Grenzerste dieser Streikbrecher in der Stadt bildeten morgens und abends die Arbeiter anderer Verufe, die diesen Elementen die Grenzbewegungen zuzumachen ließen, die sie für ihr unrichtiges Verhalten verdienten. Das einseitige Vorgehen der Polizei als Stütze des Unternehmertums verdient die schärfste Mißbilligung; denn es lag für die Polizei nicht der geringste Grund vor. Unsere Kollegen ließen sich trotz dieses Verhaltens der Polizei nicht einschüchtern, sondern kämpften geschloffen so lange, bis ihnen der Sieg zu teil wurde. In diesem Kampfe haben selbst die Lohrer Baumeister den Wert der Organisation schätzen gelernt, indem sie selbst auch der Unternehmerorganisation beitrugen. Vor fünf Wochen erklärten sie dem Vertreter der Arbeiterorganisation nach, der Verband müßte nichts, ja sie bekämpften damals jede Organisation und hätten diese, wenn es in ihrer Macht gelegen hätte, am liebsten aus der Welt geschafft. Die Lohrer Bauarbeiter mögen dem Beispiele ihrer Unternehmer heute so weit folgen, daß auch bei ihnen der letzte Maurer und Bauarbeiter der Organisation beiträgt, dann sind wir jederzeit in der Lage, das Errungene hochzuhalten und weiter auszubauen.

Nach der Beilegung des Streiks und der Aufnahme der Arbeit glaubte sich der Bürgermeister von Lohr, M e s e l i sein Name, gegen einige Arbeiter Rechte herauszunehmen zu sollen, die ihm nicht zuzubeh. Er inspizierte in höchst eigener Person den Bauplatz, und als er dort Arbeiter fand, die ihm nicht gefielen, zitierte er den Bauherrn und verlangte von ihm die sofortige Entlassung der „Sünder“. Der Bauherr weigerte sich, die Leute zu entlassen, da diese äußerst brauchbare Arbeiter seien, die er haben müsse und mit denen er auch weiterhin arbeiten wolle. So etwas war in den Augen des Bürgermeisters unerhörte. Das mußte gerochen werden! Flug setzte er sich auf seinen Weisheitsstuhl und verfaßte folgendes Schreiben:

Bezugnehmend auf § 15 der allgemeinen Vertragsbestimmungen vom 2. April 1908 erhalten Sie hiermit Auftrag, die beiden heute in Arbeit genommenen Mädel für den Streikruhen S. u. G. sofort, längstens jedoch bis heute abend 6 Uhr vom obigen Bauplatz zu entfernen. Eine allenfallsige Wiederbeschäftigung ist ausgeschlossen.

Bauunternehmer Dietrich folgte der amtlichen Aufforderung und entließ die beiden Arbeiter. Von der Organisation wurde versucht, die Angelegenheit in Güte zu regeln. Das war aber vergebens. Schließlich wird dem überdienstfertigen Bürgermeister recht eindringlich klar gemacht, daß er kein Recht hat, Arbeiter, die von ihren Kollegen zu Verhandlungen bestimmt worden sind, als „Mädel für den Streik“ zu machen.

### Ueber die Verelendungstheorie,

wie sie uns von anspruchsvollen Dummköpfen angepöbel wird, faßelt man gegenwärtig in bürgerlichen Blättern sehr viel zusammen. Zum Unfug nimmt man folgenden Satz aus unserer Artikelserie über „Organisierten Klassenkampf“:

„Seit einigen Jahrzehnten beobachten wir ein wenn auch langsames, so doch unaufhörliches Emporsteigen der proletarischen Massen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hebt sich zusehends, und der moderne Proletarier ist heute in der Lage, mehr Ansprüche an das Leben zu stellen und seine Bedürfnisse besser und reichhaltiger zu befriedigen als das jemals der Fall gewesen ist; auch seine soziale Wertung ist gestiegen.“

In diesen Worten glauben bürgerliche Organe eine Verleugnung der sozialistischen Theorie über die Entwicklung der Massenlage des Proletariats entdecken zu können und getern darum über „sozialdemokratischen Volksbetrug“. Einige Verbandskollegen sind auf das reaktionäre Gebeißer hineingefallen und haben sich um Aufklärung an uns gewandt. Die soll ihnen werden. Aber auch jenen bürgerlichen Eribenten müssen wir einige Worte widmen.

Ueber die bürgerliche Presse kann man niemals so ungünstig denken. Selbst Blätter, die in großen Städten erscheinen und einen ausgebreiteten Vertriebskreis haben, äußern manchmal Ansichten über die Arbeiterbewegung, daß ein Hund darüber jammern könnte, wenn er zu lesen verstände. Bürgerliche Schriftsteller, die über die Arbeiterbewegung schreiben, ohne mehr als die oberflächlichste Kenntnis von ihr zu haben, sind leider keine Ausnahmen, sondern bilden die Regel. Die Ausnahmen sind Leute mit Sachkenntnis. Diese Zeilenreifer haben einmal etwas von einer Verelendungstheorie gehört, haben sie so hingenommen, wie sie ihnen tendenziöse Entstellung oder dreifache Dummheit vortrug und haben weiter keine Gedanken darüber gehabt. Vielleicht sind sie durch gelegentliche unrichtige oder unvollständige Berichte von sozialdemokratischen Versammlungen in ihrem törichtem Irrtum bestärkt worden. Immer aber glauben sie, die sozialistische Theorie erkläre eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse unter der kapitalistischen Gesellschaft für unmöglich, predige vielmehr das immer tiefere Verinken des Proletariats in Elend und Knechtschaft. Eine solche Auffassung ist nie der Bestand der modernen Arbeiterbewegung gewesen. Man klammert sich zum vorgeblichen Beweise an das bekannte Wort von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest, das von einer Zunahme des Reichtums der Elends und der Ausbeutung spricht. Aber gerade hierin beruht die ihre Unzulänglichkeit in Fragen der sozialistischen Theorie. Was das kommunistische Manifest über die Zunahme des Elends sagt, gilt für die Tendenz der kapitalistischen Gesellschaft. Der Kapitalismus tendiert, das heißt er drängt nach einer Verelendung der Lage des Proletariats. Diese Auffassung ist sozialistisch und richtig. Aber dem Drängen des Kapitalismus tritt entgegen das entgegengegesetzte Drängen der Arbeiterchaft, das in seiner Wucht und in seinem Erfolge abhängig ist von der Kraft der Arbeiter einerseits und der Kraft der Unternehmer andererseits. Diese beiden einander entgegenwirkenden Kräfte liegen im ständigen Kampfe, der bald der einen, bald der andern Seite günstig ist, je nach dem Maße der Machtverhältnisse, auf die die beiden kämpfenden Klassen aber nur zum Teil bestimmenden Einfluß haben, weil sie mitbedingt werden durch die Lage der Produktion, des Geldumlaufs, des Bodenreichtums, usw. Aber auch wenn diese Bedingungen der Arbeiterchaft günstig sind, sie kann sie erst in Erfolge ummünzen durch die energische Willensbetätigung in der Organisation. In den letzten Jahrzehnten war die Arbeiterchaft so glücklich, starke Organisationen zu besitzen, und dadurch konnte sie die ihr günstigen wirtschaftlichen Zustände ausnützen zu einer Verbesserung ihrer Lebenshaltung. Ob das immer so bleibt, kann heute niemand sagen; es ist sehr wohl möglich, daß durch große Verschiebungen im Wirtschaftslieben, etwa durch eine schnelle und umfassende kapitalistische Erschließung Russlands, die Erfolge unserer Kämpfe geringer werden, aber ebenso gut ist möglich, daß die uns günstigen Zustände noch länger andauern. — Aber so weit denkt ein Auli der bürgerlichen Presse nicht, und er braucht auch nicht so weit zu denken. Seine Aufgabe ist, den Vorkampf der Arbeiterchaft mit seinem Gefläß zu begleiten, und dazu braucht es keiner Gedanken, sondern nur einer gewissen Routine in der abwechselungsreichen Verwendung bestimmter höhnischer Phrasen, die freilich dem Rumbiegen die intellektuelle Dürftigkeit dieser Schutzwache des Geldbads nur um so deutlicher offenbart. — Wir halten also den oben zitierten Satz unserer Artikel völlig aufrecht, die auf die Verelendung der Massen gerichtete Tendenz des Kapitalismus wird durch ihn nicht im geringsten angegriffen, sondern, wenn man die ganze Artikelserie mit dem nötigen Verstand liest, vollauf bestätigt.

### Rheinisch-westfälische Schmerzen.

Das Blatt der rheinisch-westfälischen Unternehmer klagt wieder einmal über die „Unzufriedenheit“ der Arbeiter, besonders über die der im Zentralverband organisierten Maurer. Es bringt eine Zuschrift eines „geschätzten Mitgliedes“ aus Gelsenkirchen. Darin wird dargestellt, wie auf dem Bau des geschätzten Mitgliedes einige generalorganisierte Maurer Arbeit nahmen. Diese „roten“ Maurer haben nun plötzlich gewagt, bei der Arbeit Tabak zu rauchen. Das war auf dem Bau des geschätzten Mitgliedes unerhöht. Dort war das Rauchen während der Arbeit streng, sehr streng verboten. So trieb es zum Konflikt, den das geschätzte Mitglied wie folgt beendete:

Am 23. September c. wurde ich gegen 9 Uhr von dem hiesiger telephonisch angerufen, ich möchte zur Baustelle

kommen, da verschiedene Arbeiter entgegen seinem Verbot rauchten und sich beleidigender Ausdrücke gegen ihn bedienten. Als ich gegen 10 Uhr auf der Baustelle erschien, traf ich einen Maurer noch rauchend bei der Arbeit an. Auf meine Frage, weshalb er entgegen dem Verbot des Bauers rauche, entgegnete er, daß er die Zigarre, die er sich zum Frühstück angekauft habe, zu Ende rauche. Daraufhin sagte ich ihm, daß ich dieses nicht dulde und ihn deshalb entlassen müsse. Sofort wandten sich seine Verbandskollegen gegen mich. Sie erklärten sich mit ihrem Kollegen solidarisch und äußerten, sie wären nicht im Vereinhaus, Buchhandlung usw. Als ich mir dieses verbat und die Leute darauf aufmerksam machte, daß sie sechs Tage zu fändigen hätten, sprang einer aus der Baumreihe heraus, besorgte sich Zigaretten und ging mit brennender Zigarre wieder an die Arbeit. Um die Ordnung aufrecht zu erhalten, blieb mir nichts anderes übrig, als diesen Leuten die gewünschte Entlassung zu geben.

Bei der Ausschüttung der Papiere ist es ebenfalls nicht glatt abgegangen. Die entlassenen Kollegen mußten warten, dabei folgten sie sich dann ungebührlich benommen haben, so daß ich das geschätzte Mitglied aus dem Bureau hinauswies. Das rheinisch-westfälische Unternehmerblatt wünscht sehr, daß diese Ausführungen auch von den Arbeitern und ihren Führern zu Gehört kämen, weil wir doch immer bestrebt seien, unsere Exkursionsmitglieder als weißgewaschene Anschuldigungen darzustellen, während die Sache in Wirklichkeit so liegt, daß der Unternehmer von den Arbeitern auf alle mögliche Weise schikaniert würde. Nun, wir haben den ganzen Sermon gelesen und sind der Meinung, daß die rheinisch-westfälische Arbeitgeber-Zeitung nicht recht bei Troste ist. Und das geschätzte Mitglied sollte sich nicht lächerlich machen.

Das Tabakrauchen bei der Arbeit ist eine Sache, um die sich ein verständiger Unternehmer überhaupt nicht streitet. Jeder, der es schon versucht hat, weiß, daß das Rauchen entweder das Arbeiten gar nicht stört, oder es so stört, daß man eins, entweder das Rauchen oder das Arbeiten, einstellen muß. Es gibt Menschen, die die Zigarre den ganzen Tag zwischen den Zähnen haben können, ohne dadurch auch nur im geringsten in ihrer gewöhnlichen Sanftmütigkeit beeinträchtigt zu werden, und andere, die das keine fünf Minuten aushalten können. Diese letzteren rauchen eben nicht bei der Arbeit, weil es kein Genuß für sie ist, und die andern rauchen, ohne berechtigtes Interesse der Unternehmer zu verletzen. Unternehmer, denen die Arbeit selbst nichts Unbekanntes ist, wozu das geschätzte Mitglied in Selbstzweck aber sicher nicht gehört, wissen dies und bekümmern sich darum gar nicht um die Schwärze. Sie wissen auch, daß das Rauchverbot von den Arbeitern als verletzende Signale empfunden wird und verzichten darum in eigenem Interesse gern auf dieses Herrenrecht. Im eigenen Interesse: schikanierte Arbeiter pflegen nicht die eifrigsten und sorgfältigsten zu sein. Nur Unternehmer, bei denen sich Unkenntnis der praktischen Arbeit mit vergeradeherrenhaftem Phlegma zu jenem widerwärtigen Arbeitsherrntyp bereinigen, der für das Industriegebiet so charakteristisch ist, greifen zu solchen Verböten und erzeugen damit Konflikte, die allerdings — das ist auch unsere Meinung — besser vermieden würden. Was Geistes Kind das klagende, geschätzte Mitglied des rheinisch-westfälischen Unternehmerverbandes ist, geht aus seiner Einseitigkeit hervor, die in weiterer Folge verlangt, man solle von Arbeitern, die Klagen beim Gewerbeamt einreichen, Kostenzuschüsse einfordern, damit nicht zu viele „leichtsinnige“ Klagen abhängig gemacht würden. Wenn man solche Ansichten hört, dann nimmt es nicht weiter Wunder, daß man dort so schlecht mit den Arbeitern auskommt. Das ist eben die Folge des nichtswürdigen Regiments, das so viele Unternehmer führen. Wie es in den Wald hineinrückt, so schallt es wieder heraus, das ist ein Naturgesetz. Abermals kann man von Arbeitern, die man vor wenigen Monaten aussperrte, um ihnen die geringen und mühsam erstrittenen Rechte zu nehmen, nicht gut verlangen, daß sie die personifizierte Subkommunale sind. Die Herren im schwarzen Anzug müssen ihrer Gehaltswelt ein neues Element einfügen, die Anschauung nämlich, daß auch der um Lohn schaffende Arbeiter eine Persönlichkeit ist, ein Mensch und ein Staatsbürger mit dem Drange, die ihm in dieser Stellung zustehenden Rechte zu besitzen. Hat man diese Anschauung erst reiflos in sich aufgenommen, und hat sie sich dem täglichen Handeln mitgeteilt, dann wird man auch dort besser miteinander auskommen, wenigstens nicht schlechter als in andern Gegenden des Landes, dann werden auch die so tollfoll abförmigen Klagen über die „Auffälligkeit“ der Arbeiter bestürmen. Aber eher nicht.

**Ueber steigende Unbuddsamkeit**

unserer Verbandsmitglieder bellagte sich kürzlich die „Baugewerkschaft“. Sie führte zur Stütze ihrer Behauptung einen Fall angeblichen Terror an, der sich in Essen abgepielt haben sollte. Durch den Bericht unserer Ehrener Verbandsleitung ist diese Geschichte hergestellt worden. Aber uns dünkt, daß die „Baugewerkschaft“ doch eigentlich sehr wenig Recht zu Klagen oder gar zu Wortwürfen hat. Es soll uns fernliegen, zu betreiten, daß sehr viel Unbuddsamkeit vorhanden ist, viel, viel zu viel, aber wir betreiten, daß man sie nur auf unserer Seite fände, wie die „Baugewerkschaft“ stillschweigend behauptet. Unsere Kollegen leiden nicht weniger unter dem Zwist als die Christlichen, und wo die Christlichen die Macht dazu haben, dort üben sie sie aus, das mag manchem der Unfern Hören und Sehen vergeht. Königsberg ist und bleibt für immer ein charakteristisches Zeugnis „christlicher Buddsamkeit“!

Doch die „Baugewerkschaft“ hat auch darum kein Recht zu Wortwürfen, weil sie zu ihrem Teile nichts dazu tut, um ein friedliches Nebeneinanderarbeiten auf den Baustellen zu fördern. Sie hat bisher noch nicht den Mut gefunden, den Mitgliedern des christlichen Verbandes zu sagen, daß zur Anbahnung eines leidlichen Verhältnisses auf den Arbeitsstellen beide Teile beitragen müssen. Die Konflikte konnten liegen, wie sie wollten, stets hat die „Baugewerkschaft“ nichts anderes als die Schimpfereien über „die Mauer“ dazu vorgebracht. Damit aber ist dem Frieden nicht gehiebt. Aber darüber hinaus hat sich die „Baugewerkschaft“ oft einer Haltung befleißigt, daß man glaubte, kein Gewerkschaftsblatt, sondern ein Organ des

Reichskriegsverbandes vor sich zu haben. Dinge, die dem Pflichtkreis eines Gewerkschaftsblattes der Bauarbeiter absolut fern lagen, benutzte die „Baugewerkschaft“ zu Angriffen auf die Sozialdemokratie und brachte damit immer mehr Erbitterung in die Mitglieder. Durch ihre Verleumdung der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit vertiefte sie die Kluft, vertiefte sie die Gegensätze. Wenn also die „Baugewerkschaft“ über steigende Unbuddsamkeit klagt, so kann man sie ruhig auf das Wohlwört verweisen: Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge und wirst nicht gewahr des Balkens in deinem Auge!

In der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ befindet sich wieder ein Beispiel dieser Methode, Mißtrauen und Erbitterung zwischen die Angehörigen der beiden Organisationen zu säen. Ein Artikel, der sich mit den Pflichten der Baubelegierten befaßt, enthält einen Absatz, der die Aufgaben der Delegierten gegenüber den „Genossen“ also schildert:

„Vorlicht gegenüber den „Genossen“ kann nicht scharf genug betont werden. Vor allen Dingen ist den „Genossen“ keine zu große Vertrauensseligkeit entgegenzubringen. Das geschieht nicht aus, denselben stets unvollkommen gegenüber zu sein. Niemals darf der Baubelegierte Maßnahmen gutheißen oder etwas unternehmen, das von den „Genossen“ inszeniert ist, ohne vorher mit seiner örtlichen Verbandsleitung Rücksprache genommen zu haben. Ferner darf der Baubelegierte niemals die Agitationsweise der „Genossen“ unbeachtet lassen, weil dieselbe sehr oft uns gegenüber in geradezu unehrlicher Weise betrieben wird. Desgleichen ist es notwendig, um der Agitationsweise der „Genossen“ vollständig zu begegnen, daß alle Kollegen, besonders aber die Baubelegierten, eine politische Tageszeitung halten und selbstverständlich auch eingehend lesen. Dies ist deshalb notwendig, weil die „Genossen“ in der Agitation heute mehr das politische als das gewerkschaftliche Gebiet betreten. Daher auch politische Auffklärung neben den konfessionellen Arbeitervereinen durch Lesen einer politischen Tageszeitung, und zwar einer solchen, die auch für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung eintritt. Wenn heute diesfalls noch über Mangel an Zeitungen, die für unsere Gewerkschaftsbewegung eintreten, geklagt wird, so liegt es meistens daran, weil sich die christlichen Arbeiter zu wenig Einsatz durch Abonnement auf solche Zeitungen verschafft haben.“

Wenn die Mitglieder des christlichen Verbandes derart geistlich zum Mißtrauen erzogen und zur Verleumdung der reaktionären Politik des Zentrums und der Junker angehalten und verpflichtet werden, dann allerdings ist es kein Wunder, wenn es Konflikte gibt.

**Schutz den Gläubigen!**

Gern unterziehen wir uns der ungenohnten Pflicht, die gläubigen katholischen Christen gegen eine jedenfals — so nehmen wir an — ungerührt beleidigende Unbuddsamkeit in Schutz zu nehmen. Die Sache ist nur auf einem Umwege zu erklären.

Unser Kollege Franz Koch in Ostrosnik — dort residiert der uns so wohl bekannte Herr Janetzki als Amtsvorsteher — ersuchte die Obrigkeit um die Genehmigung zu einer Maurerversammlung unter freiem Himmel. Unter freiem Himmel, weil uns die christliche Unbuddsamkeit — christliche Unbuddsamkeit, verehrte „Baugewerkschaft“ — in den Lokalen nicht duldet. Auf das Ersuchen unseres Kollegen lief ein abnehmender Bescheid ein. Obfindet wie die Oberbefehlshaber gegen ihre hohe Obrigkeit betrüblicherweise geworden sind, beruhigte sich Kollege Koch nicht dabei, sondern beschränkt den Weg der Beschwerde. Javob, Beschwerde! Aber der Herr Amtsvorsteher wußte, warum er die Genehmigung verweigert hatte. Er beantwortete die Beschwerde scharf mit einer Gegenerklärung. Und diese Gegenerklärung ist es, die uns zum Schutze der gläubigen katholischen Christen auf den Plan ruf. Denn sie lautet:

Die Genehmigung wurde nicht erteilt, da an dem selben Tage hier selbst das Wlabfest gefeiert wurde. Das Fest befaßt die auswärtigen Volk, es wird der Schnapsflache stark zugesprochen, und es lag Gefahr für die öffentliche Sicherheit vor.

Lenkschüt, den 31. August 1910.

Der Amtsvorsteher.

Man ist einfach starr ob dieser Deduktion, daß die Wlab von Ihren Sünden heilenden frommen Christen der Schnapsflache in einem solchen Maße zugesprochen, daß dadurch eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit entsteht. Herr Amtsvorsteher, können Sie das verantworten? Sie haben Grund dazu, den nächsten Wlab ebenfalls zu besuchen und die himmlische Gnade zu erlangen. Und im übrigen, wir protestieren gegen diese beleidigende Bemerkung! Leider Gottes müssen wir es tun, denn ein christliches Blatt hat sich der Beleidigten bisher nicht angenommen.

Der Herr Amtsvorsteher aber und alle seine Genossen im Amt werden denken: Gesegnet sei die Schnapsflache beim Wlab; sie hat eine Versammlung der roten Maurer verhindern helfen.

**Eine Massenwerbung von Italienern**

betreibt gegenwärtig das Arbeitsvermittlungsbureau der deutschen Feldarbeiterzentrale in Basel. In einer Reihe italienischer Zeitungen sucht es Steinmetzen, Maurer, Terrazzoarbeiter, Sanblager usw., denen man hohe Bezahlung verspricht. In Caarbrüden, für welchen Ort durch die Vermittlung eines Mailänder Unternehmers ebenfalls Arbeitskräfte herangezogen worden waren (für deren Vermittlung Fr. 150 pro Kopf bezahlt wurde), konnte festgestellt werden, daß mit Hilfe der Italiener die organisierten deutschen Arbeiter verdrängt werden sollten, was allerdings an der Solidarität der angeordneten Italiener scheiterte. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, an welchen Orten die durch das Baseler Bureau angevor-

benen Arbeiter verwendet werden sollen. Sollte es sich herausstellen, daß auch sie zur Verdrängung organisierter Arbeiter verwendet werden sollen, so werden unsere Kollegen auch tun, wenn sie uns umgehend Nachricht zukommen lassen.

**Neue Kampfmittel.**

Seit dem Vorschlag des Kollegen Paul Hannover, der die Ansammlung von Geldern zum Materialkauf als wirksames Mittel gegen die Ausperrungen empfahl, sind schon wieder einige andere Pläne aufgetaucht, über die nach meiner Ansicht viel zu wenig debattiert wird. Es scheint, als ob in unserm Verband recht wenig Sympathie für diese Pläne vorhanden ist. Auch ich muß gestehen, daß mir die bis jetzt gemachten Vorschläge nicht gefallen; ich habe sogar die Auffassung, daß sie alle an ihrer praktischen Durchführung scheitern werden. Am meisten trifft das auf den Plan des Kollegen Geride zu. Er erblickt unser Ziel in der Errichtung von einseitigen Arbeitsnachweisen, verbunden mit der Arbeitslosenunterstützung. Dieser Gedanke erscheint mir höchst bedenklich, schon aus dem einfachen Grunde, weil er unserer prinzipiellen Forderung auf Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen zuwiderläuft. Wir würden uns selbst einen schweren Schlag bereiten, wollten wir diese von uns längst fallengelassene Forderung wieder erheben. Gewiß ist der einseitige Arbeitsnachweis eine ungeheure Macht; aber nachdem wir seine Errichtung offiziell auf Gewerkschaftskongressen fallen gelassen haben, nachdem wir ihn in Wort und Schrift, ja mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft haben — ich erinnere, noch an die Denkschrift unseres Verbandes vor der Ausperrung — nachdem wir nach meiner Ansicht auf dem Wege zu dem paritätischen Arbeitsnachweis im Baugewerbe sind, sollten wir diese Forderung nicht wieder erheben. Es ist auch ausgeschlossen, daß wir dabei Erfolge erzielen können; im Gegenteil, wir würden in die Entwidlung zum paritätischen Arbeitsnachweis nur föhrend eingreifen. Alle diese Begleiterscheinungen, die durch das Arbeitfuchen auf der Baustelle verurlicht werden, sind bewauerliche Tathachen; aber die werden bei jeder wirtschaftlichen Krisis erneut in Erscheinung treten. Das fortschreitende Solidaritätsgefühl unserer Kollegen wird auch hier mit der Zeit manche dieser Wunden heilen lassen. Nun will Kollege Geride den Arbeitsnachweis nur in Verbindung mit der Arbeitslosenunterstützung eingeführt wissen. Kollege Geride ist anjeweils ein großer Optimist; denn er ist von der Durchführbarkeit seines Planes fest überzeugt. Macht er doch den Kollegen für die Ausbringung der Mittel zur Arbeitslosenunterstützung eine Rechnung auf, die denn doch zu der Frage berechtigt, ob unsere Organisation für etwas Derartiges reif ist. Diese Frage ist entschieden zu verneinen. Jeder unserer Kollegen, der in der Kleinarbeit tätig ist, weiß, wie schwer es einem sehr großen Teil unserer Verbandskollegen noch fällt, die ordentlichen Verbandsbeiträge zu entrichten, geschweige denn noch M. 1 mehr pro Woche. Solch opferbereite Kollegen, wie der Kollege Geride ist, gibt es in unserm Verband nur einen kleinen Prozentatz; dazu gehört auch eine tüchtige Portion Idealismus. Ueberhaupt sollten wir mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung sehr vorsichtig sein. Wer das nicht glaubt, der besetze sich einmal genau die Ausgaben der Gewerkschaften, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, und dann führe man sich einmal die Ausgaben vor Augen, die unsere diesjährige Bewegung gekostet hat. Wollen wir bei dem nächsten Kampf wieder so gut finanziert dastehen wie bei dem diesjährigen; dann lassen wir die Finger von der Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung trifft die Gewerkschaften nicht nur in der Krisis, sondern auch bei guter Konjunktur recht erheblich. Wo sollten wir hinkommen, wenn wir 30 pzt. unserer Einnahmen im Jahre für Arbeitslosenunterstützung ausgeben müßten? Wir wären bald ein Spielzeug in den Händen der Unternehmer. Es ist doch eine alte Erfahrung, daß das Nehmen leichter ist als das Geben. Wollen wir aus dem diesjährigen Kampf die richtigen Lehren ziehen, dann erwacht uns die Pflicht, unabhingig und unermüdlich an dem Ausbau unserer Organisation zu arbeiten. Noch nie hat es eine günstigere Zeit zur Agitation gegeben, als nach dem gewaltigen Kampfe, der so manchem noch Arbeitsstehenden den Wert der gewerkschaftlichen Organisation hat erkennen lassen. Wir haben im Deutschen Reich noch mindestens 100 000 indifferente Maurer; gleich groß ist die Zahl bei den Bauhilfsarbeitern. Hier müssen wir den Sattel ansetzen. Sie müssen noch gewonnen werden für unsere Organisation. Des weiteren wollen wir auch der ungeheuren Aufklärungs- und Erziehungsarbeit denken, die innerhalb unseres Verbandes noch zu leisten ist. Nicht neue Kampfmittel haben wir nötig, sondern Ausbau der alten, Stärkung und Kräftigung unserer Organisation noch innen wie nach außen, das muß unsere zukünftige Parole sein, dann werden wir auch weiter vorwärts kommen.

Philipp Sommerlab, Bochum.

**Wie kann das Interesse für den Bauarbeiter-schutz gefördert werden?**

Zu dieser Frage schreibt man uns: Wer öfters Gelegenheits hatte, in Versammlungen über Bauarbeiter-schutz reden zu hören, wird die Erfahrung gemacht haben, daß das Interesse unserer Kollegen für diese Frage sehr oft zu wünschen übrig läßt. Dies kommt daher, daß das Thema in der Regel recht trocken ist, und daß den Zuhörern von all dem Zahlenmaterial nach der Versammlung nichts mehr im Kopfe blieb. Ebenso geht es mit den Verordnungen; mögen sie nun ministerieller oder polizeilicher Natur sein. Schreiber dieses machte vor zwei Jahren auf einer Gastonferenz in Düsseldorf nach einem Referat über Bauarbeiter-schutz den Vorschlag, die Vorträge durch Richtbilder zu ergänzen, und dadurch mehr als bisher das Verständnis für Bauarbeiter-schutz zu fördern. Der deutsche Metallarbeiterverband hat diese Idee nun zur Durchführung gebracht. Augenblicklich werden durch ein Mitglied des genannten Verbandes in den Zweigvereinen Richtbildervorträge über die Gefahren in der Metallindustrie und die Arbeiterschutzvorrichtungen in





zusammentreten. Das System hat sich aber nicht bewährt. In den größeren Orten wurde, nachdem der Verbandstag zu der Frage Stellung genommen hatte, eine Regelung des Beschäftigungswesens und die Organisierung der Beschäftigten versucht. Auch hierbei hatte man keinen großen Erfolg. In manchen Orten fiel uns die Partei in den Arm, indem sie so tat, als ob wir ihr Konkurrenz machen wollten. Eine rühmliche Ausnahme macht nur Hamburg, obwohl auch dort nicht alles, was wir wünschten, erreicht worden ist. Immerhin gelang es, den Nachwuchs für die Organisation zu interessieren. — Seit 1909 an nahm die Mitgliederzahl im Gau wieder zu. Vor den acht Arbeitseinstellungen, an denen 6765 Kollegen beteiligt waren, waren zwei völlig und fünf teilweise erfolgreich, während eine erfolglos endete. Ausschlaggebend war 1909 der Kampf in Hamburg, der den Kollegen eine Rohrerhöhung von 5 s brachte. Grundsätzlich durch diesen Kampf wurde auch veranlaßt, daß die Organisation für den Gau Hamburg mehr Geld ausgeben mußte, als sie von ihm eingenommen hat. Im vorigen Jahre ist aber in Hamburg bei einigen Arbeitseinstellungen auch zu unrecht vom ersten Tage an Unterstützung gezahlt worden und in Hamburg wurden während der Aussperrung, trotz der gegenständlichen Parole, bei einigen Unternehmern Kollegen aus der Arbeit genommen, was beides in Zukunft auf keinen Fall mehr vorkommen darf.

Das Jahr 1910 stand vollständig im Zeichen der Aussperrung im Reich, so daß dem Gauverband zur Agitation leider nur wenig Zeit übrig blieb. Es waren 57 Zweigvereine mit 661 Unternehmern und 8873 Mitgliedern an der Aussperrung beteiligt. Die Kosten der Aussperrung belaufen sich auf M 263 117,66. Da die Hamburger Kollegen in diesem Jahre nicht ausgesperrt wurden, konnten allein durch die angebotenen Ertragsbeiträge von M 377 516,10 nicht nur die Ausgaben für die Aussperrung gedeckt, sondern auch noch ein Ueberschuß von M 114 398,66 erzielt werden. Dadurch werden auch die großen Ausgaben, die die Organisation im vorigen Jahre für Hamburg machte, wieder einigermaßen ausgeglichen. Der Ueberschuß aus den Ertragsbeiträgen ist auch der beste Beweis, daß den Unternehmern ihre Pflicht, durch die Aussperrung unsere Kassen zu leeren, glänzend vorübergehen ist. Mit der Begleichung der Ertragsbeiträge dürfte der Gau im Verband in erster Reihe stehen; denn unsere Kollegen sowohl in Hamburg wie in der Provinz haben mit wenigen unwürdlichen Ausnahmen ihre volle Pflicht erfüllt. Nur der Zweigverein Jork-Ertrags hat sich mit etwa 20 Mitgliedern der Ertragsbeiträge wegen aufgelehnt, und in Seidengürtel es zuerst so, als ob der Zweigverein mir die Hälfte der Beiträge zahlen wollte. Später stellte sich aber heraus, daß die Mitglieder anders dachten als die Kollegen, die sich an den Gauverband gewandt hatten. Einigen Zweigvereinen war es möglich, Rohrerhöhungen über den Scheinanspruch hinaus durchzuführen; so erhielt Cuxhaven 6 s, Stade und Alt-Rahlstedt 7 s, Lohndem 8 s und Bargteheide mit 10 s. Höchst erfreulich ist die Steigerung der Mitgliederzahl, die nach der Aussperrung (am Schlusse des zweiten Quartals) 13 695 betrug, eine Zahl die die Mitgliederzahlen aller anderen Jahre seit Bestehen des Gau's übertrifft. Die durchschnittliche Mitgliederzahl für das erste und zweite Quartal beträgt 13 493. Diese Zahlen zeigen, daß die Organisation im Gau Hamburg durch die Aussperrung in jeder Weise gestärkt worden ist. Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Gau's in den Jahren 1901 bis 1910 ist wie folgt: 1901 7456, 1902 7691, 1903 8863, 1904 9795, 1905 10 667, 1906 12 518, 1907 13 165, 1908 12 094, 1909 12 119, 1910 13 493. Bei der neuen Gaueinteilung werden dem Gau acht Zweigvereine des Gau's Lübeck mit 729 Mitgliedern angegliedert, während er 23 Vereine mit 1897 Mitgliedern an die Gaue Hannover, Mecklenburg und Bremen abgeben muß.

Im Anschluß an den Bericht des Vorsitzenden erläuterte Kollege Steiniger den Kassenbericht. Da die Abrechnungen des Gau's jedes Jahr veröffentlicht worden sind, können wir auf eine Wiedergabe verzichten. Nur die Abrechnung für das erste Halbjahr 1910 mag hier Platz finden. Die Einnahme in dieser Zeit betrug M 4321,01, die Ausgabe M 3487,10 und der Kassenbestand am Schlusse des zweiten Quartals M 833,91, von denen M 501 bei uns belegt sind. Der Kassierer erklärte, daß die Kasse infolge ihres günstigen Standes in den Jahren 1908 und 1909 auf die statutarischen Beiträge aus der Hauptkasse verzichten konnte. Der Kassierer Schmiedeke ist während seiner Amtszeit gestorben. Der Kassierer Kauf ist Lagerhalter geworden und als solcher in diesem Frühjahr bei uns aus- und dem Bureauamtenbereden beigetreten; wahrscheinlich, weil ihm die Ertragsbeiträge bei uns zu hoch waren. Der Redner rügte ferner, daß einzelne Zweigvereine ihre Gauebeiträge nicht so bezahlt hätten, wie es ihre Pflicht gewesen wäre; so habe zum Beispiel Trittau seit 1907 gar nichts bezahlt. — D an ne berichtete als Kassierer, daß die Revision, solange sie gemeinschaftlich die Kasse revidierten, stets alles in bester Ordnung gefunden hätten. Die letzte Halbjahresabrechnung habe er allein revidiert und ebenfalls alles in bester Ordnung gefunden. Er beantragte, den Kassierer zu entlassen, was später auch geschah. — In der Diskussion rügte M e i t e r -Hensburg, daß die Hamburger und Hamburger Kollegen in den von Rober angeführten Fällen nicht nach dem Statut gehandelt hätten. Das Bezirksvertrauensmännerwesen müsse ausgebaut und insbesondere dafür gesorgt werden, daß das Statut da, wo es nicht erfüllt werde, nicht bestritten werde. Bisher hätten die Vertrauensleute zu wenig Zeit gehabt, weil es meistens Kollegen waren, die eine ganze Reihe Kollegen hatten. Der Redner richtete dann an den Verbandsvorsitzenden die Frage, was denn mit den Kollegen geschehen solle, die ihre Ertragsbeiträge nicht bezahlt hätten? Er sei der Meinung, daß, wer nicht zahlen, fliegen müsse. Das Beschäftigungswesen müsse besser ausgebaut werden, da sich selbst die bürgerlichen Parteien mehr und die Beschäftigten bekümmerten als wir. Er regte an, den Beschäftigten vom 16. Jahre an den „Grundstein“ gratis zur Verfügung zu stellen, um sie auf diese Weise für später vorzubereiten zum Heile der gesamten Organisation. — H a r t w i g -Hamburg bestritt ganz entschieden, daß sich die Hamburger einen Beschäftigten gegen das Statut hätten aufzubringen können lassen. In den Fällen, wo die Unterstellung vom ersten Tage an gesahlt

worben sei, habe es sich um Abwehrpersonen gehandelt, so daß sie die Unterfertigung mit vollem Rechte zahlen konnten. Es sei ja ganz gut, daß der Gauverband über die Einhaltung des Statuts wache, nur sollte er das auch den kleinen Vereinen gegenüber tun, deren Mitglieder in Hamburg arbeiten und die ihre Pflicht gegen den Zweigverein Hamburg nicht erfüllen. Es gebe eine ganze Reihe solcher Vereine, die dem Hamburger Zweigverein den statutenmäßigen Anteil von den Beiträgen nicht zufommen liehen. — Kollege W a n e b u r g antwortete auf die Anfrage Meißner: Es sei selbstverständlich, daß in den neuen Verband nur die Kollegen übergeschrieben werden können, die ihre Beiträge vollständig in Ordnung hätten. Bei der Organisierung der Beschäftigten sollten wir uns von keiner Seite irritieren lassen, sondern tun, was wir für richtig halten. Wir müssen die Beschäftigten auf ihre spätere Pflicht aufmerksam machen und müssen dafür sorgen, daß wir Einfluß auf sie gewinnen. Leider fehlt es uns vielfach noch an Kollegen, die pädagogisches Talent zur Erziehung der Beschäftigten haben; aber in den größeren Städten müßten sich solche Kollegen doch finden. Der „Grundstein“ kann den Beschäftigten heute schon gratis übermittleit werden; die Zweigvereine brauchen die nötigen Exemplare beim Hauptverband nur zu bestellen. Allerdings darf mit den Zeitungen kein Mißbrauch getrieben werden. Was die Opferwilligkeit der Kollegen im Gau und den guten Stand der Organisation anbelangt, so darf man wohl sagen, daß diese Dinge historisch begründet sind. Der Gau Hamburg und die norddeutschen Gebiete überhaupt haben ja mit ihren Leistungen seit dem Bestehen der Organisation immer an der Spitze gestanden. Das kommt daher, daß die Organisationen in Norddeutschland und besonders in Schleswig-Holstein sehr alt sind und daß schon in den alten zünftigen Gewerkschaften ein ausgeprägtes Solidaritätsgefühl herrschte. Nicht selten hat sich in den Familien das Gewerbe von Generation zu Generation fortgeerbt, und mit dem Gewerbe erbte sich auch der Solidaritätsgedanke und der alte Brüderchaftsgeist fort. Im Süden und in anderen Teilen des Landes dagegen sind die Organisationen erst in den letzten Jahren gegründet worden, unsere Pioniere arbeiten dort viel schwerer, weil sich dort unsere Kollegen an den Solidaritätsgedanken erst gewöhnen müssen. Auch die schwache Fluktuation kommt uns im Norden sehr zu Gute, weil sie eine starke Stabilität der Organisation zur Folge hat. Ferner sind unsere norddeutschen Kollegen an hohe Beiträge seit langem gewöhnt. Trotz alledem muß man ihre Opferwilligkeit in diesem Jahre durchaus anerkennen. Die Hamburger Kollegen haben uns in diesem Jahre das wieder gezeigt, was sie im Vorjahre bekommen haben. Sie konnten das, weil sie durch ihren vorjährigen Kampf von der diesjährigen Aussperrung verschont blieben. Das nächste Mal werden sie nicht verschont werden, sondern ebenso wie die Kollegen im übrigen Reich wieder kämpfen müssen. Dann wird ihnen das, was sie in diesem Jahre geopfert haben, erneut zufließen können. (Lebhafte Beifälle.)

In seinem Schlusswort bemerkte Kollege Rober auf die Ausführungen Hartwigs: In Hamburg habe sein Abwehrrecht vorgelegen, sondern es habe sich um die Durchsetzung eines Vertrages gehandelt, nachdem allerdings die Unternehmer selber einen Vertrag gebrochen hätten. Das nicht alle Vereine dem Zweigverein Hamburg gegenüber ihre Pflicht erfüllen, treffe zu. In den meisten Fällen könne das aber daher, daß die Vereine nicht zahlen können, weil sie sonst zugrunde gingen. Es sei die Pflicht des Zweigvereins Hamburg, gegen solche Vereine Nachsicht zu üben. Im übrigen arbeiteten auch Hamburger Kollegen in kleinen Zweigvereinen, ohne daß der Zweigverein Hamburg an diese die statutarischen Beiträge zahle. (Zurufe der Hamburger Delegierten: „Von uns ist noch nie etwas verlangt worden! — Kollege H e n -Hamburg konstatierte, daß es den Hamburger Delegierten durch Schluß der Diskussion leider nicht möglich sei, auf die Ausführungen des Kollegen Rober nochmals zu antworten. — Die Konferenz beschloß dann noch, der gemeinschaftlichen Konferenz am Nachmittag die Kollegen Rober, Steiniger, Maienburg und Koch als Mitglieder des neuen Gauverbandes zu präsentieren, nachdem vorher als selbstverständlich vorausgesetzt worden war, daß auch ein Mitglied des Hauptverbandes im Gauverband vertreten sein könne. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Nach der Mittagspause traten die Delegierten der Maurer und Bauhilfsarbeiter zur konstituierenden Konferenz zusammen. Anwesend waren nun 88 Delegierte der Maurer aus 61 Zweigvereinen und 40 Delegierte der Bauhilfsarbeiter aus 26 Zweigvereinen, ferner vom Gauverband der Maurer die Kollegen Rober und Steiniger und von dem der Bauhilfsarbeiter die Kollegen Gränig und Hüfmeier und als Vertreter des Gau's Lübeck die Kollegen M u e l l e r und S i e m a n n. Außerdem waren als Vertreter der Hauptverbände die Kollegen W e m e l b u r g und Brandmohr und als Vertreter des Gauverbandes der Zimmerer Kollege H o l t z anwesend. Als Vorsitzender fungierten Rober und Gränig und als Schriftführer Hempel und Vogt. Zunächst referierte Kollege Brandmohr über: „Der deutsche Bauarbeiterverband“. Er schilderte das jahrelange Streben der Bauhilfsarbeiter nach der Verschmelzung, die durch die Entwicklung der Unternehmerorganisation und der Kämpfe im Baugewerbe immer notwendiger geworden sei. Der Kartellvertrag zwischen den einzelnen Organisationen sei der erste Schritt zur Verschmelzung gewesen. Er sei davon überzeugt, daß auch die andern baugewerblichen Organisationen durch die Verschmelzung zum Zusammenschluß mit uns gezwungen würden. Der Redner bestritt dann weiter die ersten Aufgaben der Organisation, wobei er insbesondere eine ernste und planmäßige Agitation zur Auffklärung und Organisierung der indifferenten empfahl, deren es besonders in Bauarbeiterkreisen noch viele gäbe. Um dies zu erreichen, sei der Ausbau des Delegiertenwesens dringend nötig; als Baudelegierte müßten die besten und intelligentesten Kollegen ausgesucht werden. Sollte hier und dort Zwist zwischen den beiden Gruppen entstehen, so müsse dringend auf die Versöhnung hingewirkt werden. Ueberhaupt gelte es, jede Klüft zwischen den beiden Gruppen zu überbrücken. In der Organisation dürfe es in Zukunft keine gelehrten und ungelernen Arbeiter mehr geben, sondern einfach Kollegen, die nach ein und

demselben Ziele streben. Weiter besprach der Redner die Verbesserungen, die einem Teil der Kollegen durch die Ausschaltung der Krankenunterstützung auf den Winter zugute kommen, und empfahl die Hauskassierung als das geeignetste System zur Einholung der Beiträge. Zum Wirt, so schloß der Redner, gemeinschaftlich unsere Pflicht, dann werden wir in Zukunft auch gemeinschaftlich fliegen.

Darauf wurden die Wahlen zum Gauverband vorgenommen und Rober und Gränig als Vorsteher, Steiniger als Kassierer, Koch als Schriftführer, Schlüter, Maienburg und Hüfmeier als Vertreter und Danne, Steinbock und Klotz als Revisoren gewählt. — Dann kam man zur Beratung der vorliegenden Anträge. Der Zweigverein Elmshorn verlangte, daß die Konferenz zur Frage der Verschmelzung aller baugewerblichen Arbeiterorganisationen zu einer Organisation Stellung nehme, damit die Zweigvereine bei der Verichterstattung von der Konferenz zu dieser Frage ebenfalls Stellung nehmen müßten und der nächste Verbandstag eventuell weitere Schritte unternehmen könne. Nachdem F e h r s -Elmshorn den Antrag begründet und W e m e l b u r g ausgeführt hatte, daß der Antrag durch den Beschluß des Verbandstages als erledigt gelten könne, es im übrigen zurzeit auch noch zu früh sei, Anträge zum nächsten Verbandstag zu stellen, konstatierte Kollege Rober, daß die Frage in den Versammlungen ventiliert werden könne, und daß es den Zweigvereinen vorbehalten bleibe, diesbezügliche Anträge an den Verbandstag zu stellen. — Aber einen Antrag des Zweigvereins Moorburg, der den § 31 Absatz 3 des neuen Statuts geforderten wissen wollte, ging man zur Tagesordnung über. Das gleiche geschah mit einem Antrag Bargteheide, der die Streifenunterstützung besser geregelt wissen wollte, und einigen weiteren Anträgen, darunter einen vom Zweigverein Ohstfeld, dem Verbandsvorstand das Recht abzuspreden, den Zweigvereinen auf ihre Kosten Bücher und Schriften ohne Auftrag zu senden. Einen Antrag Lübeck, die Gaufestungen alle zwei Jahre vor den Verbandstagen stattfinden zu lassen, wurde infolgedessen entprochen, als die Konferenzen in Zukunft möglichst bei den jeweiligen Verbandstagen stattfinden sollen. Ein Antrag Siederbrarup, der verlangte, der Gauverband möge in den künftigen Gebieten mehr Agitation betreiben, wurde durch das Versprechen des Kollegen Rober erledigt, daß dies in Zukunft geschehen könne, da dem Gauverband nach der Lohnbewegung und nach der Verschmelzung wieder mehr Zeit zur Verfügung stehe. Der Zweigverein Scharlau, der eine andere Regelung der Streifenunterstützung verlangte, wurde auf den Listenzettel verwiesen.

Damit waren die Anträge erledigt, und es folgte nun noch eine begeisterte Rede des Kollegen W e m e l b u r g, der zunächst auf die notwendigen verwaltungsmäßigen Arbeiten der Zweigvereinsleitungen bei der Verschmelzung aufmerksam machte. Der Austausch der Bücher soll mit dem Beginn des Jahres 1911 erfolgen. Die größeren Zweigvereine werden die Bücher selbst anstellen, für die kleineren Vereine werden geeignete Einrichtungen getroffen werden. Es können nur Mitglieder ein Buch erhalten, die ihre Beiträge in den alten Organisationen voll bezahlt haben. Mit den Vorarbeiten muß jetzt schon begonnen werden. Der Redner schilderte dann die Entwicklung der Arbeiterorganisationen, die durch einen immer engeren Zusammenfluß ihre Macht gewöhrt und sich dadurch immer neue Erfolge erlangt. Die Bauarbeiter standen mit ihren Erfolgen an der Spitze aller Organisationen. Durch diese Entwicklung der Arbeiterorganisationen wurde die Entwicklung der Unternehmerorganisationen gefördert, was wieder die zentralen Lohnbewegungen zur Folge hatte. Die Macht der Gewerkschaften zwang die Unternehmer zum Zusammenschluß, und als sich diese durch die lokalen Kämpfe nicht mehr schütten konnten, trieben sie es zu größeren Kämpfen, um dadurch die Kassen der Arbeiter zu leeren und ihnen die weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen. Diese Entwicklung der Unternehmerorganisationen und der Arbeitskämpfe hängt nun wiederum die Arbeiterorganisationen zum weiteren Zusammenfluß. Durch den Zusammenfluß wollen wir unsere Position dem Unternehmertum gegenüber stärken, um zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch in Zukunft in der Lage zu sein. Die Verschmelzung ist also aus der Entwicklung der Verhältnisse heraus geboren, sie ist eine Notwendigkeit. Soll aber die Organisation in Zukunft ihre großen Aufgaben erfüllen können, dann dürfen wir mit dem jetzigen Stand der Organisation nicht zufrieden sein, sondern müssen alle gemeinschaftlich an ihrem weiteren Ausbau arbeiten. Es geht nicht an, daß sich einer auf den anderen verläßt, daß nun die Agitation betreiben und die Maurer umgekehrt annehmen, die Bauhilfsarbeiter würden das tun. Notwendig ist es auch, daß wir die Mißstimmung bekämpfen, die sich nach der diesjährigen Bewegung hier und dort festgesetzt hat. Diese Mißstimmung ist durchaus nicht berechtigt; aber manche Kollegen halten die Organisation für einen Automaten, der, wenn man einen Pfennig hineinsteckt, zehn Pfennig zurückgeben soll. Weil die Organisation nicht alle ihre Wünsche erfüllt, deshalb taugt sie nichts. So darf es nicht sein; denn alle Wünsche taugen sich nur einmal nicht erfüllen. Aus den zentralen Kämpfen werden wir nicht wieder herauskommen; im Gegenteil werden, wie die Erfahrungen der letzten Zeit lehren, auch andere Kräfte in diese Kämpfe hineingezogen werden. Die Unternehmer haben, wenn auch ihre Organisation zurzeit etwas locker erscheint, aus dem Verlauf des diesjährigen Kampfes ihre Lehren gezogen, was an besten die Schaffung ihres „Bedrucksches“ beweist. Ob die Berliner Unternehmer aus dem Bunde austreten werden, erscheint sehr zweifelhaft; viel wahrscheinlicher ist es, daß sie bei künftigen Kämpfen im Bunde die Führung haben werden. Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß die Unternehmer auch 1913 ihren Gerstenstandpunkt wieder zur Geltung bringen werden. Darum müssen wir dafür sorgen, daß unsere Organisation groß und mächtig wird, und daß sie allen Stürmen gewachsen ist. Vermeiden und beseitigen wir alle Fraktionen und denken wir stets an das „Einheitswort“, das Friede erntet, aber Unruhe zehrt. Wir wollen alle in kollegialer und brüderlicher Weise für die Organisation arbeiten und wollen auch dafür sorgen, daß bei uns keine Zwistigkeiten entstehen. Das Freiheitswort in der Organisation muß ausgemerzt und das Lichtwort zwischen uns und jenen Keuten, die nur in Zeiten der Not zu uns kommen, geschliffen werden. Die Arbeiterbewegung geht ersten Zeiten entgegen. Durch

die politische Ausbeutung des Volkes wächst die Erbitterung der Massen, und die Angst vor dem Ausfall der nächsten Reichstagswahl läßt die Reaktionsäre nach Ausnahmegerichten gegen die Arbeiter streifen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Reaktionsäre bei der Regierung auch jetzt wieder Männer finden, die gewillt sind, den Gewerkschaften Fesseln anzulegen und Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter zu erlassen. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Pläne vereitelt werden. Vorwärts, nicht rückwärts müssen wir unsere Wege lenken; denn wir haben keine Zeit, uns mit Vergangenen aufzuhalten und uns mit Dingen zu beschäftigen, an denen wir nichts mehr ändern können. Halten wir uns nicht mit der Frage auf, ob Massenstreiks kommen werden. Wenn sie kommen, dann werden sie aus den Verhältnissen herauswachsen. Warten wir darum nicht auf die Revolution, sondern arbeiten wir, sonst müssen wir verhungern. Arbeiten wir und forcen wir für Sitte und Disziplin in unsern Reihen, dann werden wir auch die Ziele erreichen, die wir uns gesetzt haben. (Stürmischer Beifall.) — Nach einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den neuen Deutschen Bauarbeiterverband erklärte Kollege Kober die Konferenz kurz nach 5 Uhr für geschlossen.

**Gau Leipzig. (Konferenzbericht.)** Am 16. Oktober fand im Volkshaus in Leipzig die Konferenz für den Gau Leipzig statt. Der Gauvorsitzende, Kollege Jacob, eröffnete sie um 10 1/2 Uhr und hieß die Anwesenden herzlich willkommen. Die Leitung der Konferenz wurde den Kollegen Jacob und Koch-Zeizsig und Schmirch-Plauen übertragen. Die Mandatsprüfungskommission wurde von den Kollegen Junold-Brügge, Seidel-Ghemnitz und G. Schmidt-Plauen gebildet. Es waren insgesamt 106 Delegierte, vier Mitglieder des Gauvorstandes und Kollege Paeplow als Vertreter des Verbandsvorstandes anwesend. Die Zweigvereine Golditz, Geyer, Gleichen, Götzhnig, Klosterlausnitz, Lausitz, Regis, Schönfeld, Stollberg und Zschönitz hatten Delegierte nicht entsandt. Nach Bekanntgabe des Arbeitsplanes sowie einiger geschäftlichen Mitteilungen erläuterte Kollege Jacob den Geschäftsbericht. Redner wies darauf hin, daß sich der Bericht auf die Zeit vom Februar 19 8 bis 1. Oktober 1910 erstreckt. Die Mitgliederzahl betrug 1908: 21 489. Infolge der geringeren Bautätigkeit in den größeren Städten war gegen das Jahr 1907 eine Abnahme von 1347 Mitgliedern zu verzeichnen. Ge gründet wurden neue Mitgliedschaften in Schönfeld, Rodewisch und Leutzschental. 1908 wurden in 22 Zweigvereinen Lohnbewegungen geführt, an denen 6957 Mitglieder beteiligt waren. Im Jahre 1909 waren im dritten Quartal 24 294 Mitglieder vorhanden, es fand also gegen 1908 eine Steigerung um 2865 statt. Ge gründet wurden die Zweigvereine Geithain, Lengsfeld, Regis und Räßlitz. Die Bautätigkeit war, mit Ausnahme von wenigen Orten, gut. Dieser lebhafteren Bautätigkeit entsprechend war auch der Umfang der Lohnbewegung. In 55 Orten wurden Forderungen eingereicht, aber nur in 46 Orten durchgeführt. In 20 Orten kam es zum Streik. Beteiligt waren an dieser Lohnbewegung 8880 Mitglieder. Erreicht wurde eine durchschnittliche Lohnerböhung von 4 1/2 pro Stunde. Die Arbeitszeit wurde verfürzt für 748 Mitglieder um eine Stunde pro Tag, für 2345 Mitglieder um eine halbe Stunde pro Tag und für 109 Mitglieder um eine Stunde pro Woche. Ueber das Jahr 1910 ist folgendes zu berichten. Die Mitgliederzahl, die im zweiten Quartal 1910 22 893 betrug, ist gegen 1909 zurückgegangen. Diese Abnahme ist veranlaßt durch die Abreise von Kollegen während der Ausperrung. In Chemnitz waren 700 Mitglieder weniger, und zwar sind dies hauptsächlich böhmische Kollegen. Die Lohnbewegung 1910 war (beeinflusst durch die Ausperrung) recht umfangreich. Die Ausperrung in Gau erstreckte sich auf 54 Zweigvereine. Die Ausgesperrten gehörten zu 75 Zweigvereinen, in denen sie sich zur Kontrolle meldeten und auch die Unterstüßung erhielten. Nach der allgemeinen Lohnbewegung wurden außerdem noch in 18 Orten Lohnbewegungen geführt; sechs davon fanden durch Streiks ihre Erledigung. Lohnbewegungen sind demnach in 72 Orten geführt worden. Daran beteiligt waren 19 355 Mitglieder. 20 Orte davon hatten schon im Vorjahre erfolgreiche Lohnbewegungen gehabt. In diesen Orten wurden 1909 und 1910 in vier Fällen 8 1/2, in zwei Fällen 9 1/2 und in 14 Fällen 10 1/2 Lohnerböhung pro Stunde erreicht. Auf der Grundlage des Schiedsspruchs sind überall Verträge zustande gekommen; nur die Unternehmer in Weiskensfeld, Greiz und Schleiz wollen sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen. In Greiz haben unsere Kollegen gegen den selbsterhebenden Grundlohn Einspruch erhoben. Im ganzen sind in 76 Zweigvereinen Verträge abgeschlossen worden, während für 32 Orte keine solchen bestehen. Die Zahl der Ausgesperrten betrug in der ersten Woche 9679, in der neunten Woche 7885, im Durchschnitt pro Woche 8200. Die Einnahmen und Ausgaben für die Ausperrung bilanzieren mit M. 812 757,43. Zur Ausperrung selbst wünscht Redner, die Kollegen möchten sich bei solchen Anlässen einer schnelleren und gewissenhafteren Berichterstattung befleißigen. — Zu der Ende August aufgenommenen Statistik übergehend, bemerkt Jacob, diese sei auch nicht mit der nötigen Sorgfalt aufgenommen worden. Nach dieser Statistik waren 108 Zweigvereine mit 1437 Orten vorhanden. In diesen Orten sind 1644 Unternehmer und 22 987 Maurer gezählt worden. In 15 Orten erhalten noch 737 Maurer unter 40 1/2 Stundenlohn. Im Gau besteht die elfstündige Arbeitszeit noch in Geithain, Geleuna, Geringwalde, Geyer, Eichtenstein, Müllsen, Schönfeld, Stollberg und Zschönitz. Die Zahl der Maurer beträgt in diesen Orten 784. — Die Agitation wird in der Folgezeit lebhafter betrieben werden können, weil durch den Abschluß der Tarifverträge die zur Verfügung stehenden Kräfte nicht so sehr zur Erledigung von Lohnbewegungen benötigt werden, sondern sich mehr der Agitation widmen können. Besonders muß das Erzgebirge und das obere Vogtland bei der Agitation berücksichtigt werden. Um einige feste Stützpunkte in diesen Bezirken zu bekommen, sei es notwendig, daß man schließlich dort einen Kollegen freistelle, um die Agitation fördern zu können. — Zum Bauarbeiterstreik führt der Referent aus, die Kollegen müßten sich mit den Arbeiterkassenangelegenheiten viel mehr vertraut machen, um dann auch bestimmter und sicherer die Erfüllung der Schutzbestimmungen von den Unternehmern fordern zu können. — Zur Erledigung der Arbeiten des Gauvorstandes waren 1908 809, 1909 464 und bis 30. Juni 1910 287 Reisen notwendig. Außerdem waren zwei Kollegen je 16 Tage an

den 1908 und 1909 abgehaltenen Agitationstouren beteiligt. Die Zahl der Ausgänge an Schriftstücken betrug 1909 1782, eingegangen waren 963. Bis zum 1. Oktober 1910 waren 1126 Eingänge und 1670 Ausgänge zu verzeichnen. Die Kassenengeschäfte des Gauvorstandes, für die 1908 und 1909 den Zweigvereinen die spezialisierten Abrechnungen zugeföhrt worden sind, ergeben folgendes Resultat: 1908 Einnahme M. 15 897,01, Ausgabe M. 8237,55; 1909 Einnahme M. 16 134,52, Ausgabe M. 9406,49. Die Einnahme vom 1. Januar bis 30. September d. J. beträgt M. 4056,07, die Ausgabe M. 7109,26. Diese Abrechnung wird wie bisher den Zweigvereinen am Jahresstufte zugeföhrt werden. — Auch sind in der Berichtszeit einige Unterschlagungen vorgekommen, und zwar 1908 in Falkenstein, 1909 in Reichenbach, und in Merseburg hatte ein Unterstüßler die Gelder nicht abgehöhrt. In diesen Fällen hat die Organisation keinen Verlust erlitten, da alles gedeckt wurde. — Im früheren Zweigverein Mügeln b. Olshah hat ein Zimmerer die Geschäfte geführt und den Verband um M. 52 geschädigt. In Falkenstein hat der Kassierer Wöllner den Verband M. 1045 unterschlagen. Da die Sache zur Anzeige gebracht ist, wird Wöllner die Folgen seiner niederträchtigen Handlungsweise zu tragen haben. In diesem Falle sind die Revisionen auch nicht schuldlos, weil sie sich die Markenbesände und das Geld nicht haben ortlegen lassen. So dürfen die Revisionen ihre Aufgabe nicht auflassen. Ferner ist zu den Kassengeschäften noch zu bemerken, daß die Revisionen eine Reise zur Bauarbeiterkassenkonferenz am zweiten Osterfesttag 1909. Für diese Reise sind M. 7 liquidiert worden. Nach Auffassung der Revisionen wurden nur M. 6 Däten gezahlt. Die Revisionen Busch und Bauersfeld hatten Beschwerde an den Verbandsvorstand eingereicht und auf Veranlassung des Verbandsvorstandes sind die M. 2 zurück-erstattet worden. Damit hätte die Sache erledigt sein können. Die beiden Revisionen benutzen aber die Ungelegenheit, um fortgesetzt gegen den Gauvorsitzenden Stimmung zu machen. In der anschließenden Diskussion bemängelte zunächst der Revisor Bauersfeld die Ausführungen des Gauvorsitzenden bezüglich dieser Reise und bemerkte, Kollege Jacob hätte auch bei einer Reise nach Mügeln zweiwiel auf-gekehrt. Im übrigen habe Jacob die Sache nicht richtig dargestellt. Dem gleichen Vorwurf erhob Bauersfeld gegen den Gaukassierer, der den Revisionen nicht maßhaltig berichtet habe. — Jacob wies den gegen ihn erhobenen Vorwurf zurück. Er verweise in den Ausführungen Bauersfelds den Beweis für dessen Behauptungen. Er stellt noch malß fest, daß nur für solche Reisen am Sonntag, die vom frühesten Morgen bis spät abends dauerten, M. 7 bezahlt worden sind. — Die Delegierten aus Grimmitzschau sind der Ansicht, daß für Reisen, wie die hier erwähnte, M. 7 Däten nicht zweiwiel sind, sie hätten für die gleiche Reise auch diesen Betrag erhalten. — Der Gaukassierer B e r t h o l d verwahrte sich ganz energisch gegen den von Bauersfeld erhobenen Vorwurf und stellte den Vorgang selbst noch einmal richtig. Die Revisionen hätten für ihn stets und auch heute wieder Entlastung beantragt. — Die nun folgenden Leipziger Delegierten Schreiber, Bielig und Schumann verurteilten wiederum das Stiefenpferd der Leipziger zu reiten, indem sie die Beamten für alle möglichen und unmöglichen Dinge verantwortlich machten. Nach Ansicht Bielig's sollen die Beamten an den gegen sie gerichteten Angriffen selbst schuld sein, weil sie Anhänger des Revisionismus seien. Schumann gab zu, daß gegen den Gauvorsitzenden Stimmungsmache getrieben worden ist. Sie hielten sich dazu für berechtigt, weil sie der Gauvorsitzende nach ihrer Ansicht in Sachen der Lohnbewegung schon seit 1902 nicht habe vorwärts kommen lassen. — Auch der Delegierte aus Ludenau ist der Ansicht, daß der Gauvorstand seinen Zweigverein bei der Ausperrung resp. beim Vertragsabschluß nicht genügend berücksichtigt habe, sonst wäre in Ludenau mehr erreicht worden. Redner gab aber selbst zu, daß sich die dortigen Unternehmer dem Schiedsspruch unterworfen haben. — Auch F e u l e r - Greiz erhob den Vorwurf, der Gauvorstand sei schuld, daß der Vertrag in Greiz nicht zustande gekommen sei. Der Gauvorstand sei nur einmal während der ganzen Zeit dort gewesen. — Koch, Mitglied des Gauvorstandes wies nach, daß der Vorwurf Feustels ganz unberechtigt ist; nicht nur einmal, sondern jedesmal sei jemand vom Gauvorstand in Greiz gewesen. Daß der Vertragsabschluß noch nicht erledigt sei, liegt daran, daß die Unternehmer auf der Einführung der Stufenlohn bestehen, während unsere Kollegen Mindestlohn verlangen. — Der Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollege Pa e p l o w, führte aus, die Gegenseite ließen sich insolge der verschiedenen Auffassungen nicht so leicht befriedigen. Gewiß habe Kollege Jacob scharfe Kanten, aber das berechtigte die Kollegen zu ihrem Verhalten noch lange nicht. Gerade Jacob habe sich in den langen Jahren, die er im Dienste der Maurerbewegung stehe, große Verdienste um die Organisation erworben. Ferner sei in der Debatte mit dem Ausspruch Bebel's: „Mißtraut Euren Führern“ Unfug getrieben worden. Gerade die Leute in sogenannten radikalen Lager könnten keinen Widerspruch vertragen und würden sich, wenn man ihnen irgendeine Mißtrauen entgegenbringen wollte, ganz energisch dagegen wehren. Ferner sei es unredlich, jemand einen Vorwurf für Dinge zu machen, an denen der einzelne ganz unschuldig sei. Deshalb seien die Vorwürfe, die anlässlich der Bewegung 1908 und 1910 gegen den Kollegen Jacob erhoben wurden, ganz unangebracht gewesen. Die Leipziger Kollegen seien auch dem Gesamtverband Dank schuldig; denn die Ertrungenschaften bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit usw. konnten nur erreicht werden, weil sich auch die übrigen Mitglieder solidarisch verhielten. Die Konferenz habe sich nun auch klar darüber zu werden, welche Kollegen der konstituierenden Gaukonferenz als Mitglieder des Gauvorstandes vorgeschlagen werden sollen. Er halte es für das beste, wenn der bisherige Gauvorstand wieder gewählt würde. Redner erluchte die Konferenz, diese Kollegen in Vorschlag zu bringen. — F r i s h - Werdau war mit diesem Vorschlag nicht einverstanden, er wünschte, daß ein anderer Gauvorsitzender gewählt werde. B e t t e l - Zwickau hatte gegen die Tätigkeit des Gauvorstandes nichts einzuwenden; er sei beauftragt, dafür einzutreten, daß Jacob wieder gewählt werde. F r a u s e - Müllsen glaubte auch dem Gauvorstand die Schuld beizumessen zu müssen, daß für den Müllsen Grund kein Vertrag zustande gekommen sei. Im übrigen ist auch er mit der Tätigkeit des Gauvorstandes zufrieden und hat nichts dagegen, wenn Jacob

wieder Gauvorsitzender wird. — Die Debatte mußte infolge der vorgeschrittenen Zeit abgebrochen werden, obwohl noch mehrere Redner eingereicht waren. In seinem Schlusswort stellte Kollege Jacob zunächst fest, daß der Gauvorstand in Ludenau nicht anders handeln konnte, als er gehandelt habe. Desgleichen befinden sich die Müllsen Kollegen im Irrtum, wenn sie auch heute noch der Auffassung seien, es habe nur an dem Gauvorstand gelegen, daß für sie ein Vertrag nicht abgeschlossen worden sei. Der Schiedsspruch käme nur für die an der Bewegung beteiligten Orte in Frage, als solcher sei der Müllsen Grund nicht anzusehen. Der Gauvorstand hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn die Müllsen Kollegen in die Bewegung eingetreten wären. Zur erfolgreichen Durchführung einer Forderung gehöre Arbeitsgelegenheit, da diese zurzeit nicht vorhanden sei, müsse eine andere Zeit abgemakert werden, weil auch in diesem Falle Verkürzung der Arbeitszeit mit in Frage kommt. Die Kollegen sollten nicht glauben, daß sie, wenn sie ihn wieder als Gauvorsitzenden vorschlagen, ihm damit ein Geschenk machen; er fühle sich noch kräftig und rüstig genug, um auch anderweitig sein Best zu ver-dienen. — Hierauf wurde dem Kassierer auf Antrag der Re-visionen einstimmig Entlastung erteilt und nach kurzer Debatte beschlossen, die Kollegen Jacob, Berthold, Koch und Hafer-torn der konstituierenden Gaukonferenz als Mitglieder des Gauvorstandes vorzuschlagen. Nachmittags 4 Uhr traten die Delegierten zur konstituierenden Gaukonferenz zusammen, an der außer den 106 Dele-gierten sowie vier Gauvorstandsmitgliedern und einem Haupt-vorstandsmitglied vom Maurerverband nummehr noch 33 Dele-gierte des Bauhilfsarbeiterverbandes sowie zwei Delegierte seines Dresdener Gauvorstandes und Kollege Behrendt als Vertreter des Verbandsvorstandes teilnahmen. Die Leitung wurde den Kollegen Jacob, Hartmann und Koch übertragen. Das Referat über den Deutschen Bauarbeiterverband erstattet Kollege J a c o b. Er gab einen geschichtlichen Rückblick über die Notwendigkeit der Verfehmung. Außerdem erinnerte er an die Zeit der Fachvereinsbewegung und besprach die nach dem Fall des Sozialistengesetzes erfolgte Gründung der Zentralverbände. Heute sei auch für diese der Rahmen viel zu klein. Die Verfehmung zu einem einheitlichen Bau-arbeiterverband sei durch die Verhältnisse bedingt. Die Maurer und Bauarbeiter hätten den Anfang gemacht, andere Nachbarberufe würden folgen. Schon die Tatsache, daß die Lohnbewegungen sich immer mehr auf zentraler Grundlage ab-spielen, zwingt die Bauarbeiterkassen zur Einheitsorganisation. Aufgabe sei es nun für alle Kollegen, sich dem Bauarbeiter-verband anzuschließen und energisch für ihn zu agitieren. Auch die Unternehmer bauen ihre Organisation aus und seien damit schon groß geworden. Ueber die Erledigung der weiteren Arbeiten würden die Verbandsvorsitze die nötigen Anweisungen und Mitteilungen an die Zweigvereine ergreifen lassen. Auch G a u l e i t e r F a r m a n n wies in kurzen Ausführungen auf die Notwendigkeit der Verfehmung hin und wünschte ein gedeihliches Zusammenarbeiten. In eine Diskussion über diesen Punkt wurde nicht eingetreten. Zu zwei Anträgen, die die Anstellung von Kollegen für Falkenstein und Aue fordern, wünschte B e t t e l - Zwickau eine Schilderung der Verhältnisse in diesen beiden Orten, damit jeder sich klar werden könne. Er bat, die Anträge anzunehmen. — Auch L a u b e - Chemnitz vertritt sich von der Anstellung eines Kollegen im Erzgebirge sehr viel. Die Partei habe sich, seitdem ein Sekretär dort angestellt ist, sehr gut entwickelt, das gleiche würde dann auch mit dem Bau-arbeiterverband der Fall sein. — J a c o b gab Auskunft über die Verhältnisse im Falkenstein und Auer Gebiet und empfahl, die Anträge dem neuen Gauvorstand und dem Hauptvorstand zu überweisen. — Kollege B e h r e n d t ersuchte, sich nicht zweiwiel von der Anstellung von Kollegen zu ver-sprechen. Die ganze Sache sei eine Kostenfrage. Es müsse in solchen Fällen die Notwendigkeit der Anstellung erst aus-reichend begründet werden. Gut begründete Anträge fänden auch immer eine dementsprechende Beachtung. — S c h m i d t - Plauen und B e t t e l wünschten, daß für die größeren Zweig-vereine wieder Agitationsbezirke gebildet werden, denn mit der Gründung von selbständigen Zweigvereinen habe man nicht immer Glück gehabt. — Diese beiden Anträge wurden zur weiteren Überlegung dem Verbandsvorstand und dem Gau-vorstand vorbehalten. — Der Delegierte S c h l e i c h t a - Auerbach wünschte, die Konferenz möge einer Resolution zustimmen, die sich mit dem scheidenden Fachorgan „Stabweit“ be-schäftigt. In der Resolution wird behauptet, der „Stabweit“ vertrete nicht genügend die Interessen der scheidlichen Kollegen. Kollege K o c h gab Auskunft über diese Ungelegenheit und empfahl die Resolution zur Kenntnisnahme, warnte jedoch vor weitergehenden Beschlüssen. Gerade bei solchen Un-gelegenheiten müsse man mit Beschwerden vorfichtig sein, weil sich infolge des Sprachunterchiedes leicht Mißverständ-nisse ergeben. Die Konferenz akzeptierte diesen Vorschlag. — B e c h t e l d t und B a u e r s f e l d erhoben Einspruch dagegen, daß Koch als Mitglied des Gauvorstandes an der Konferenz teilnehme, sie ständen aber mit ihrer Ansicht vollständig allein. J a c o b und P a e p l o w wiesen an der Hand des Statuts nach, daß der Gauvorstand berechtigt ist, vollständig und mit vollem Stimmrecht an der Konferenz teilzunehmen, welcher Ansicht Laube und Junold beitraten. Nummehr wurde die Wahl des neuen Gauvorstandes vollzogen, der sich aus vier Maurern und drei Bauhilfs-arbeitern zusammensetzt. Gewählt wurden: Jacob, Hartmann, Berthold, Koch, Demmhard, Hafer-torn und Engelbrecht. Zu Revisionen wurden gegen 14 Stimmen die Kollegen Reinecke, Siebich und G. Göring bestimmt. Zu dieser Wahl wurde eine Beschlüß festsstellen zu müssen, daß sich der Gauvorstand keine Revisionen selbst vorgeschlagen habe. Ueber diese Bemerkung gab die Konferenz ihren Unwillen kund. S c h r e i b e r z e g t Chemnitz wandte sich lebhaft gegen das Verhalten der Leip-ziger Delegierten und erluchte diese, sich einer andersartigen Handlungsweise zu befleißigen, so wie sich die Leipziger hier verhalten hätten, könne es nicht weitergehen; denn der Ge-samtverband werde dadurch nur geschädigt. Kollegial könne das Verhalten nicht genannt werden. Auch Kollege P a e p l o w erklärte, er müsse sagen, daß ihm noch nie eine so niedertrachtige Kampfesweise vorgekommen sei wie hier. Erst frieben die Leipziger Delegierten Obstruktion, und wenn dann andere Vorschläge gemacht werden, so verdächtigen sie diese Kollegen als Kreaturen des Gauvorstandes. Beschluß

sei entweder dumm oder bodenlos schlecht. Wenn es so weiter getrieben werde, brauche man sich nicht zu wundern, wenn die Organisation dadurch schweren Schaden erleide. — Kollege Heinrich erklärte namens seiner Leipziger Kollegen, daß sie sich die Kampfweise Bedachtlich nicht zu eigen machen könnten. Die Kritik Bedachtlich sei ganz unangebracht gewesen. — Jacob warnte die Kollegen in seinem Schlusswort davor, sich gegenständig zu gerissen, denn das sei das Unvernünftigste, was man tun könne. Große Aufgaben harrten ihrer Erledigung, die aber nur im Sinne der Kollegen gelöst werden können, wenn alle mithelfen. — Er erbat deshalb die Kollegen, überall in diesem Sinne tätig zu sein. Schluß der Konferenz 5 1/2 Uhr.

**Breslau.** (Christliche Wahrheitsliebe.) In Nr. 41 der „Baugewerkschaft“ wird in einem Breslauer Bericht dem Kollegen Bachmann folgender Vorwurf gemacht: „Für den Kollegen Bachmann haben wir aber etwas Besonderes, das er nicht in seinem Mesetax behandelt. Vielleicht dürfen wir ihn einmal daran erinnern, daß er mit dem Arbeitgeberbund allein festgelegt hat, daß der tarifmäßige Stundenlohn für einige Dörfer, die zum Landstrasse I gehören, erst ab 1. April 1911 in Kraft tritt; es dürfte auch Bachmann bekannt sein, daß der Schiedsspruch schon am 15. Juni 1910 gefällt ist und von da ab der Lohn zu zahlen war. Selbst die Gauleiter Möller, Maschl und der Vertreter der Zimmerer waren ganz erlautet, als sie in der Sitzung erfahren mußten, daß Bachmann hinter ihrem Rücken beratendes festgelegt hätte.“ Das gleiche wurde in einem Flugblatt (Verammlungszettel) und in einer öffentlichen Verammlung besprochen. Kollege Bachmann hat sich deshalb mit nachstehendem Schreiben an den Arbeitgeberbund gewandt:

Breslau, den 10. Oktober 1910.

An den Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmergewerbe Breslau-Land

a. S. des Herrn Baumeister Kurt Freitag, Deutsches Billa.

In der am 4. Oktober d. J. stattgefundenen Verammlung des christlichen Bauhandwerkerbundes und in einem zu dieser Verammlung einladenden Flugblatt sowie in Nr. 41 der „Baugewerkschaft“, Fachorgan des christlichen Bauhandwerkerbundes, wurde dem Unterzeichneten der Vorwurf gemacht, daß er mit dem Vertreter des Arbeitgeberbundes, Herrn Synhidus Schindler, allein darüber verhandelt habe, daß für die Orte Roschow, Posen, Bedern, Winterow, Schön-Ellgitz, Schöps und Pölsenu der tarifmäßige Lohn erst am 1. April 1911 in Kraft treten solle, obgleich der Schiedsspruch am 15. Juni 1910 gefällt worden sei. In der oben erwähnten Verammlung wurde vom Maurer Krupke behauptet, daß der Herr Synhidus in einer Sitzung erklärt habe, er habe das Wohlwollen mit dem Unterzeichneten allein getroffen. Wir bitten deshalb, uns mitteilen zu wollen, ob die oben angeführten Behauptungen der Vertreter des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker der Wahrheit entsprechen.

**Geschäftsbüro**

Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Breslau, S. A.: Otto Bachmann.

Darauf erteilte der Arbeitgeberbund folgende Antwort:

Breslau, den 14. Oktober 1910.

An den Zentralverband der Maurer Deutschlands, a. S. des Herrn Bachmann, hier.

Auf das Schreiben vom 11. d. M. erwidern wir Ihnen folgendes: In der Sitzung vom 7. Juli d. J. bei der Vertreter der Arbeitgeber und sämtlicher Gewerkschaften mitgewirkt haben, wurde lediglich über die Ausdehnung des Lohnstreiks I verhandelt, ohne daß der Zeitpunkt festgesetzt wurde, von dem an die oben genannten Orte zum Lohnstreik I hinzutreten sollten. In einer späteren Sitzung, die in den Geschäftsräumen Palmstraße 17 stattfand, und die sich hauptsächlich mit der Festlegung des Wortlautes des Tarifvertrages beschäftigte, wurde verabredet, daß die Erweiterung des Lohnstreiks I am 1. April 1911 in Kraft treten solle. Auch an dieser Sitzung haben mehrere Vertreter der Arbeitnehmer — nicht nur Herr Bachmann — teilgenommen, vermuthlich auch Vertreter der christlichen Gewerkschaft. Der Dresdner Schiedsspruch hat mit der ganzen Frage gar nichts zu tun. — Bei dieser Gelegenheit wurde außer dem unterzeichneten Synhidus Herr Bachmann nur endgültigen Redaktion des Tarifvertrages gewährt. Die beiden Genannten stellten darauf gemeinsam den Wortlaut des Vertrages fest, wobei sie sich streng an die Beschlüsse der vorhergehenden Verammlungen hielten. Als einige Wochen später von dem Gauleiter der Maurer, Herrn Möller, der an den letzten Verammlungen nicht teilgenommen hatte, Bedenken gegen die angeführte Vertragsbestimmung erhoben wurden, führte der Synhidus der Arbeitgeberverbände den Sachverhalt dadurch auf, daß er sich auf die Beschlüsse der letzten Verammlung und auf Herrn Bachmann berief, der an dieser teilgenommen habe. Wenige Tage darauf lies Herr Möller seine Bedenken fallen, erkannte damit also die von den Arbeitgebern gegebene Darstellung als richtig an. Argendwelche Sonderverhandlungen mit Herrn Bachmann allein haben nicht stattgefunden, daher hat sich auch der mitunterzeichnete Synhidus niemals auf beratende mit Herrn Bachmann allein gepflogene Verhandlungen berufen.

**Geschäftsbüro**

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Umgegend von Breslau.

Der Vorsitzende: Kurt Freitag. Der Syndikus: Schindler.

Auf das übrige in dem Artikel und in der Verammlung behauptete wollen wir nicht eingehen; doch wünschen wir, daß in Zukunft von den Christen nicht so leichtfertige Behauptungen aufgestellt werden, nur um uns bezugungsimpfen zu können.

**Saarländische.** In Nr. 42 der „Baugewerkschaft“ regt sich der Zentrumschritt Westum über den Bericht in Nr. 39 des „Grundstein“ hinsichtlich auf. Anstatt aber auf den Artikel, in dem das schlechte Gebaren Westums gekennzeichnet

wird, eingezogen, wendet er von neuem seine jesuitische Verdrehten Kunst an. Mit keinem Wort berührt Westum zu widerlegen, was der „Grundstein“ geschrieben hat. Dies ist ja sehr begreiflich; denn er müßte sonst selbst seine Schandblättern an die Desfentlichkeit bringen. Ueber den „Fortschritt“ der „Christen“ sind wir sicher nicht ärgerlich, im Gegenteil, wir gratulieren ihnen; denn eine größere Enttäufung als Westum im Saargebiet hat wohl noch niemand erlebt, und das Renommieren gehört zum Geschäft. Wenn wir unsern beehrten Kollegen, die während der Auslieferung abgerufen waren, die Familienunterstützung bezahlt haben, so haben wir nur den Verbandsratsbeschlusse hochgehalten. Wie steht es aber mit dem Verbandsratsbeschlusse der „Christen“, den Extrabeitrag zu zahlen? Bis jetzt haben in unserm Bezirk nur wenige christliche Mitglieder ihren Extrabeitrag entrichtet, die übrigen zahlen nichts. Aber Westum hat nicht die Courage, bei seinen Mitgliedern energisch aufzutreten, damit der Verbandsratsbeschlusse durchgesetzt wird. Warum? Die Antwort ist sehr leicht. Wir haben unsere Mitglieder keinen Augenblick im Zweifel gelassen, daß, wer seinen Extrabeitrag nicht bezahlt, sich außerhalb unserer Organisation stellt, und wenn dann Säumnisse in die christliche Organisation fließen, mag diese mit ihnen glücklich werden. Wo ist da die innere Sühnlinie zu suchen? Ein Beweis von der christlichen Ehrlichkeit ist auch folgendes: Bei dem Streik im vorigen Jahre hatte es sich um unsere Kollegen unterlassen, sich zur Kontrolle zu melden, es mußte ihm deshalb die Unterstützung verweigert werden. Darüber erbot, ging er zu den Christen und diese schrieben ihn sofort über, trotzdem wir vor der Bewegung vereinbart hatten, daß Uebertritte während des Streiks nicht stattfinden dürften. Wenn es notwendig ist, können wir noch mehrere solcher „Ehrlichkeiten“ der „Christen“ hervorbringen. Im übrigen lassen wir solche Geben renommieren, solange sie wollen; mögen sie an ihrer eigenen Gesundheit zugrunde gehen.

**Isolierer und Steinholzleger.**

**Berlin.** Die hier bei der Filiale der Firma Reinhold & Co., Eich Hannover, beschäftigten Isolierer haben am 24. Oktober die Arbeit einmüthig niedergelegt. Zu diesem Schritt wurden unsere Kollegen durch den heftigen Fühalsretreier gezwungen. Am 19. Oktober hatten die Isolierer beschlossen, bei dem heftigen Filialeiter vorzugehen zu werden, weil man die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß von den verantwortlichen Filialen und auch von der heftigen Streikarbeiten für das Hauptgeschäft in Hannover berichtet werden. In welchem Anzuge dieses geschieht, konnte zwar bisher nicht genau festgestellt werden, aber daß es gescheit, unterliegt gar keinem Zweifel. Der heftige Vertreter verstellte nun die zugelegte Verhandlung von einem Tag zum andern, und nachdem am Sonnabend unsere Kommissionsmitglieder wiederum betroffen worden waren, konnte aus diesem Verhalten der Firma nur der Schluß gezogen werden, daß der Vertreter Steinbrück überhaupt keine Lust hatte, mit seinen Leuten in der Angelegenheit zu verhandeln. So blieb den Isolierern nur die Arbeitsniederlegung übrig. Wahrscheinlich werden die Kollegen in den andern Filialen (Dresden, Breslau usw.) dem Beispiel der Berliner folgen, da es nur auf diese möglich ist, diese Millionenfirma zu zwingen. Wir appellieren daher an die Solidarität der Isolierer Deutschlands, den Zug nach Hannover und den übrigen Filialen der Firma Reinhold & Co. streng fernzuhalten.

**Hannover.** Die heftigen Isolierfirmen haben sich noch immer nicht entschlossen, wegen der Weigerung des Streiks zu verhandeln. Um den Streik wirksam zu machen, stellen sie jetzt Leute ein, durch die sie zu anderer Zeit die schwersten Schädigungen erlitten, und von denen sie hoch und teuer schwören, sie nie wieder einzustellen. Zu diesen Leuten gehören die Isolierer Georg Heine, der in Hannover, Gerdstraße 27, wohnt, und zurzeit in Arnshaus 1. 23. beschäftigt ist, ferner Theodor Feldmann aus Celle, Georgstraße 2, und der Kupfer Franz Bartels aus Celle. Die Isolierer Wesemann und Siehe haben die Arbeit niedergelegt und sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärt. Sie erziehen nun sämtliche Isolierer und auch die Isolierarbeiten ausführenden Maurer, bei folgenden Firmen und deren Filialen in der Provinz Hannover, und in Braunschweig die Isolierarbeiten zu verweigern, auch wenn von ihnen nur das Material an die Auftraggeber geliefert wird: Reinhold & Co., Derigen & Schulte (Filiale Hannoverische Isolierwerke), Kreuzer & Klostermann, Norddeutsche Isolierwerke und Wesemann & Co.

**Internationale Maurerbewegung. Frankreich.**

Nach einer Meldung des Organs des französischen Bauarbeiterverbandes — wir selbst bezw. das internationale Sekretariat haben bis jetzt noch keinen Bericht erhalten, obwohl nach dem erst kürzlich erfolgten Abmachungen in Kopenhagen bei solchen Anlässen jede Landesorganisation berichten soll — sind am 18. Oktober sämtliche Gruppen der Pariser Bauarbeiter in den Streik eingetreten, nachdem der Zentralausschuss des Verbandes in seiner Sitzung vom 7. Oktober den Beschluss der Pariser Maurer und Steinarbeiter, sich „die neunstündige Arbeitszeit zu nehmen“, gebilligt hatte. Bis jetzt herrschte in Paris durchweg die zehnstündige Arbeitszeit. Das jetzige Vorgehen soll nun der erste Schritt zur Erringung der achtstündigen Arbeitszeit sein, die schon vor einigen Jahren einmal erfolglos angestrebt worden war.

**Zentralkrankenkasse.**

(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 16. bis 22. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Niddorf A. 1000, Böfen 1550, Selbstkron 500, Herbstchen 500, München 500, Qanburg-Eppendorf 400, Annaburg 400,

Walgig 400, Bargtehebe 330, Webel 330, Werber a. b. S. 300, Blankenburg a. S. 300, Friedrichshagen 300, Erbitz a. b. S. 300, Glensburg 300, Kumpfin 300, Neubrandenburg 240, Pölsowalt 250, Menleben 200, Frankfurt a. b. D. 200, Hagen i. W. 200, Marnburg 200, Jochimssthal 200, Ebersfeld 250, Göttingen 250, Eberghausen 20, Dortmund 200, Meiersberg 200, Althensberg 200, Königshagen i. Br. 200, Niddolshausen 195, Wandsbeck 192,05, Wolzow-188,45, Lindow 150, Leich 150, Wans-Katze 150, Zehlendorf 150, Rauen 150, Wilsnack 158,84, Soltana 130, Kirchwarder. 149,95, Würzburg 100, Salze 100, Sonnenburg i. d. Neumark 100, Granitz 100, Gützig 100, Wirblitz i. Hesse 100, Frankenstein 100, Naibach 100, Zornkau 100, Altenbrunnlar 100, Zorgetow 100, Groß-Wodern 100, Döben 100, Lünzburg 100, Wilschelsburg 100, Schwoibus 100, Gdarschhausen 100, Neulaten 100, Wendischdorf 100, Tempin 100, Stall 90, Stodetsdorf 80, Niederbreitlig 60, Gonsleben 80, Heideberg 50, Weikensleben 50, Gagen 50, Strasburg i. d. Ufermark 20, Möhn i. Lauenb. 50, Hohenburg 50, Schulleberg 20,40, Schweigingen 18,12. Summa M. 15 252,81.

Zusätzlich erzielten: Handbuchsheim 200, Kremmen 150, Eppelheim 100, Nietleben 50. Summa M. 500.

U t t o n a, 22. Oktober 1910.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilschelsstr. 57.

**Vom Bau.**

**Unfälle, Arbeiterschutz, Submmissionen usw.**

**Kollegen! Unterlaßt nie, den Unfällen, Rauchstößen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.**

**Charlottenburg.** Ein schwerer Baunfall hat sich hier am 16. Oktober ereignet. In der Kaiserin-Augusta-Allee wird gegenwärtig ein Neubau aufgeführt, an dem auch der Arbeiter Bercht aus der Kanalstraße beschäftigt war. Bercht in der Höhe der zweiten Etage tätig war, trat plötzlich fehl und stürzte kopfüber in die Tiefe. Unglücklicherweise fiel er gerade auf einen aus einem Balken hervorragenden großen Nagel, der ihm tief in die linke Brustseite drang. Der Verunglückte wurde nach dem Charlottenburger Krankenhaus übergeführt.

**Stralsund.** Am 21. Oktober verunglückte auf dem zweistöckigen Neubau — Unternehmer Wöhr, Vorstandsmitglied im Arbeitgeberbunde — ein Kollege aus Wismar sehr schwer. Dieser Kollege wollte auf einer Leiter zum zweiten Stockwerk hinaufsteigen. Im dritten Stockwerk brach man einen Stiebel ab. Von hier sausten zwei Steine hinab und trafen den Kollegen, einer auf den Kopf, der andere ins Genick. Der Kollege stürzte von der Leiter und blieb unten blutüberströmt liegen. Man brachte ihn ins Krankenhaus. Die Verletzungen sind sehr schwer. Dieser Unfall veranlaßt uns, festzustellen, daß die Zustände auf diesem Bau sehr verbesserungsbedürftig sind. Innerhalb vier Wochen ist dies der dritte Unfall. Am 22. September stürzte der Volker Mandt in den Keller; am 1. Oktober wurde ein vorübergehender Bahnbeamter durch ein herabfallendes Ziegelstück getroffen und verletzt. Diese Unfälle stehen nach unserer Auffassung in ursächlicher Verbindung mit dem nichtswürdigen Regiment, das dort herrscht. Sobald ein Kollege einen Einspruch gegen die Unterlassung von Sicherheitsmaßnahmen macht, wird er unweigerlich entlassen. Angeblich immer wegen Arbeitsmangels, der aber tags darauf schon wieder behoben ist, denn man stellt dann schon wieder andere Kollegen ein. Demgegenüber bleibt uns nur ein Mittel: die öffentliche Kritik.

**Gewerkschaftliches.**

\* Eine sozialpolitische Abteilung der General-Kommission ist am 1. April d. J. gebildet worden, in die jetzt vom Gewerkschaftsausschuß der Genosse M. Schippel als Beamter gewählt worden ist. Genosse Schippel wird seinen Posten am 1. Januar 1911 antreten. — Die sozialpolitische Abteilung der General-Kommission steht unter der Leitung des Genossen Robert Schmidt. Mit der Abteilung sind auch die Geschäfte der bisherigen Kommissionen für Bauarbeiterchutz, zur Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges, sowie der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) verbunden worden. Der bisherige Angehörte der Bauarbeiterchutzkommission, Genosse Heintz, trat sogleich mit der Uebergabe der Geschäfte dieser Kommission in die sozialpolitische Abteilung ein.

**Soziales.**

**Arbeiter auf der Weltausstellung.** Auf Veranlassung der Fabrikinspektion hat die bairische Regierung eine Arbeiterdeputation nach der Weltausstellung in Brüssel gesandt. Im ganzen sind 125 Arbeiter aus dem ganzen Großherzogtum daran beteiligt. Für den Besuch der Ausstellung, dessen Kosten der Staat trägt, sind acht Tage festgelegt worden. Die Teilnehmer sollen nach ihrer Rückkehr in Verammlungen über ihre Eindrücke berichten. Unter den Deputierten befinden sich auch vier Verbandsmitglieder, die Kollegen Berthold, Moos-Karlstraße, Gottfried-Seidelberg und Borger-Mannheim.

**Polizei und Gerichte.**

\* Landfriedensbruch-Prozess in Ditzingen. Am 6. und 7. Oktober fanden acht Mitglieder unseres Osteröder Zweigvereins vor dem Schwurgericht in Alfenstein, um sich wegen „Landfriedensbruchs“ zu verantworten. Der Anklage lag folgender Katenstand zugrunde: Am 16. April d. J. wurden die organisierten Maurer in Ditzingen in Ditzingen von den Untergehnen ausgepörrt, während die auswärtigen Nichtorganisierten ruhig weiter arbeiten konnten.

Im Laufe der ersten Ausperrungswoche gaben sich unsere Mitglieder die größte Mühe, die auswärtigen Maurer zur Abreise zu bewegen. Von einigen „Arbeitswilligen“ wurde auch die Zustimmung zur Abreise gegeben; sie wollten nur die Woche voll arbeiten und dann am Montag nicht mehr nach Osterode zur Arbeit kommen. Wie schön die jene Arbeitswilligen ihr Wort brachen, sollten unsere Osteroder Verbandsmitglieder bald gewahr werden. Montag, 25. April, trafen etwa gegen 4 Uhr morgens 15 Maurer aus Puffrid auf dem Bahnhof in Osterode ein. Voran der Polier August Trojahn; ihm folgten: Friedrich Trojahn, Eduard Grabowski, Otto Grabowski, Eduard Lange, Adolf Krajewski, Hermann Bittitt, Julius Janowski, Gottfried Mathies, Theodor Grabowski, Oskar Köhler, der Maurerlehrling Friedrich Grochowski und die Arbeiter Hermann Lange, August Braun und Julius Janowski. Von den acht angeflagten Maurern waren sieben als Streikposten am Bahnhof, als die „Arbeitswilligen“ die Bahnsteigperron passierten, fragten einige unferne Leute nach dem Polier. Dieser ließ sich auf kein Parlamenten ein und verfuhr, seinen Weg zur Arbeit weiter zu gehen. Daran wurde er von einigen der Angeflagten gehindert. Er erhielt mit seinem eigenen Stod, den er sich jedenfalls zu seiner Verteidigung mitgebracht hatte, einige Schläge gegen Arm und Schenkel und einen Fußtritt in den Hintern. Der Bruder des Poliers, der diesem zu Hilfe eilte, erhielt einige Wadenstreiche und, wie er vor Gericht bekundete, ebenfalls einen Fußtritt in den Hintern. Dann wurde noch ein arbeitswilliger Maurer mit einem Stod am Hint verlegt und ein anderer erhielt eine recht rechte Mauerladpfeife. Die andern elf Arbeitswilligen ergriffen sogleich das Gespann und die vier Verprügelten folgten ihnen so schnell sie nur konnten. Daraufhin begaben sich sieben von den Angeflagten nach der Viehmühlerei Chauffee, wo sechs arbeitswillige Maurer aus Taberbrück erwartet wurden. Zwischen 5 und 6 Uhr morgens kamen vor dort auf Fahrzähren die Maurer Gustav Kratozski, Friedrich Braun, Karl Krause aus Taberbrück, Gustav Grube aus Pflüchten, Friedrich Reddig und Gustav Schulz aus Ederdorf und der Arbeiter Friedrich Krause aus Langgut. Als die „Arbeitswilligen“ unsere Leute sahen, schidten sie einen Schlossergesellen, der sich bei ihnen befand, voraus, um zu sehen, ob es etwas „seht“. Als der Schlosser sich als solcher legitimiert hatte, ließ man ihn ruhig seines Weges ziehen. Ihm folgte der Maurer Grube mit seiner Kolonne, die angeprochen und angehalten wurde. Da sich die Arbeitswilligen auch hier auf nichts einließen, wurde man handgreiflich. Grube erhielt ein paar Schläge mit einem Stod. Er fiel hin, richtete sich aber sofort wieder auf und eilte los mit den übrigen Mauerzähren. Güter telegraphierten die „Arbeitswilligen“ nach der Polizei und fuhrten mit einem Polizeibeamten nach Osterode zur Arbeit. Keiner der Verlegten hat auch nur einen Tag wegen Arbeitsunfähigkeit die Arbeit zu veräumen brauchen.

Von den acht Angeflagten ist einer, die Verhandlung zweifelsfrei ergab, gar nicht am Orte der Tat gewesen. Von den andern haben nur zwei ganz dünne Spazierstöcke mit sich geführt, während die Arbeitswilligen, von denen einige mißhandelt wurden, mit Stöcken bewaffnet waren. Geschlagen worden ist nur mit der Hand und mit Stöcken, die zum Teil den Verlegten erst entziffen worden sind. Und auf Grund dieses vor Gericht erwiesenen Sachverhalts, der die Schöffengerichte sonst jahraus jahrein als gewöhnliche Prügelei bezeichnigt, hat der Staatsanwalt in Allenstein wegen Landfriedensbruchs fünf Anklage erhoben. Und wegen diesem Tatbestand sahen fünf Angeklagte über fünf Monate in Untersuchungshaft, während ein sechster verheirateter Angeklagter, nachdem er im Gefängnis einen Platzurz erlitten hatte, aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist.

Das Schwurgericht bestand fast nur aus Heerätern. Die Beweisführung, die sehr eingehend erfolgte, nahm innerhalb Tage in Anspruch. Um 12 Uhr mittags wurde sie geschlossen. Hervorzuheben ist noch, daß der Staatsanwalt es als sehr auffallend bezeichnete, daß sich zwischen den Angaben der Angeflagten, die dieje von dem Untersuchungsrichter machten und denen, die sie vor Gericht machten, Widersprüche ergaben. Der Staatsanwalt war, wenn ein solcher Fall eintrat, sofort mit der Frage bei der Hand: „Hat der Angeklagte bei seiner ersten Vernehmung die Unwahrheit gesagt, hat er gelogen?“ Als sich aber später bei den Zeugenangaben solche ähnliche Widersprüche zeigten, da schweig er. In solchen Fällen greift der Präsident des Gerichts ein, indem er die Zeugen fragte: „Wenn Sie bei Ihrer früheren Vernehmung dies und jenes gesagt haben, das Sie heute nicht sagen können, so wird das wohl richtig gewesen sein?“ Darauf antworteten alle Zeugen mit „Ja“. Als die Angeklagten schiderten, daß sie zur Wahr gingen, um die Arbeitswilligen von der Arbeit fernzuhalten, da fragte sie der Präsident in ziemlich scharfer Tone, ob sie denn glaubten, so solchem Handeln ein Recht zu haben? Wenn das Recht sein sollte, so meinte er, wo sollte denn da die Ordnung bleiben. Rechtsanwält Genosse Haase erklärte den Präsidenten sofort dahin auf, daß die Angeflagten dieses Recht hatten, worauf dieser Zwischenfall erledigt war. — Gegen 1 Uhr nachts beantragte der Staatsanwalt, bei sieben Angeflagten die Frage auf schweren Landfriedensbruch zu bejahen. Nach einer eindringlichen Verteidigung durch den Genossen Haase-Königsberg verneinten die Geschworenen gegen 2 Uhr nachts das Vorhandensein des Landfriedensbruchs und entziffen auf Körperverlegung. Der Staatsanwalt, dem man es ansah, daß er seinen Verleger über diese Niederlage nicht unterdrücken konnte, beantragte nun wegen Körperverletzung fortrende Strafen. Das Gericht verurteilte einen Angeflagten, der gegenwärtig eine Gefängnisstrafe verbüßt, zu einer Zusatzstrafe von sechs Wochen Gefängnis. Einer erhielt fünf Monate Gefängnis, worauf drei Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden. Einem andern, der ebenfalls fünf Monate erhielt, wurden nur zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet. Dem folgenden wurden auf fünf Monate vier Monate Untersuchungshaft angerechnet. Der fünfte Angeklagte erhielt drei Monate und eine Woche Gefängnis, die als verbüßt gelten. Der sechste Angeklagte erhielt zehn Tage, die ebenfalls als verbüßt gelten. Der

siebte Angeklagte, der sich nicht in Untersuchungshaft befand, bekam ebenfalls zehn Tage Gefängnis und der achte wurde freigesprochen. Auf Antrag des Verteidigers wurden sämtliche Inhaftierten aus der Haft entlassen. — Damit endigte die vom Staatsanwalt inszenierte große Staatsaktion. Die Anklage wegen Landfriedensbruchs brach in sich zusammen. Trotzdem sind die verhängten Strafen außerordentlich hoch im Vergleich zu jenen Strafen, die sogenannte „gebildete“ Kriminelle erhalten, wenn sie Schlägereien, ja sogar viel schwerere Ausschreitungen begehen.

**Eingegangene Schriften.**

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns bezogen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung).

„Die Neue Zeit“, sozialdemokratische Wochenschrift, Heft 3 des 29. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 25  $\mathcal{A}$ .

Im Verlag von J. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **ist die Welt bewohnt?** Eine Darstellung der Frage nach der Wohnbarkeit anderer Weltkörper auf Grund unseres jetzigen Wissens von der Natur derselben und vom Leben. Von Felix Linke. Neuntes Bändchen der kleinen Bibliothek, 108 S. Illustriert. Preis broschiert 75  $\mathcal{A}$ , gebunden M. 1. Vereinsausgabe broschiert 50  $\mathcal{A}$ . Der Verlag teilt dazu mit: Mit diesem Bändchen bekommen wir eine Serie populärer naturwissenschaftlicher Arbeiten zu veröffentlichen, die sicher eine gute Aufnahme bei unsern Lesern finden werden. Eine Reihe zuverlässiger Autoren ist für die Herausgabe gewonnen worden. Die nächste Publikation wird sein: **Kann die Erde untergehen?** Sodann folgen Erdgeschichte, Geschichte der menschlichen Arbeit, Darwinische Theorie und andere mehr. — Alle Buchhandlungen und Kolporture nehmen Bestellungen entgegen.

**Arbeiterversicherung und Alkoholisimus** von Albert Kohn. Verlag: Deutscher Arbeiter-Studenten-Bund (3. Michaelis), Berlin S.O. 16, Engel-Ufer 19. 24 Seiten 30  $\mathcal{A}$ , billige Ausgabe 10  $\mathcal{A}$ . — Der Verfasser ist besonders besorgt, dieses Thema zu behandeln: sieht ihm doch als Leiter einer großen Ortskassette ein reiches Material zur Verfügung. Aber Kohn bestränkt sich nicht darauf; er verarbeitete in wesentlichen diejenigen Erfahrungen, die andernorts auf diesem Gebiete gesammelt sind. Er weist unter anderem an Hand der Jahresberichte von Krankenkassen den Umfang des Alkoholisimus nach. Später führt Kohn die verschiedenen Maßnahmen auf, die die einzelnen Berufsorganisationen in bezug auf Alkoholbekämpfung vorzunehmen haben. Das Kapitel Alkohol und Unfall erfährt ebenfalls eine umfassende Behandlung. — Das Büchlein repräsentiert sich somit als ein außerordentlich guter und vor allem Dingen billiger Führer. Wir empfehlen unsern Lesern die Anschaffung aufs wärmste. Jede Parteibuchhandlung besorgt die Lieferung.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 2 des 21. Jahrgangs mit den Beilagen: „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsere Kinder“ zugegangen.

Die **„Gleichheit“** erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10  $\mathcal{A}$ ; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis dritteljährlich ohne Beilagen 55  $\mathcal{A}$ , unter Kreuzband 85  $\mathcal{A}$ . Jahresabonnement M. 2,60.

Vom **„Wahren Jacob“** ist soeben die 22. Nummer des 27. Jahrgangs im Umfang von 16 Seiten erschienen. Der Preis der Nummer ist 10  $\mathcal{A}$ . Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

**Briefkasten.**

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet nicht, ebenso erteilen wir keine rechtliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist).

**Waldbheim.** Vielen Dank für die Einfindung. Eine Verdrängung wollen wir aber dem „Waldbheimer Anzeiger“ auf seine böswillige Notiz nicht senden. Er hat ja nicht mehr getan, als was zahlreiche andere Amtsblätter auch schon taten. Diese Mütter sind ja zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung und zur Verdrängung ihrer Leser da. Dabei lassen wir es ganz dahingestellt, ob der Schmutz, der die Notiz verbrochen hat, unsere Verdrängung nur nicht verhindern hat oder ob er sie böswillig so verbreitet, daß er seinen altherren Zweck damit erreichen konnte. Solche Notizen können für uns nur immer wieder ein Anlaß zu dem Aufse sein: Schmeißt die bürgerlichen Mütter, ganz besonders aber die Amtsblätter und Generalanzeiger aus Euren Wohnungen hinaus; denn sie sind es, die Euch bei jeder Gelegenheit zu schädigen suchen.

**Anzeigen.**

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Otto Jansch**, wo stehtst Dir? Im Umgang Deiner Adresse erucht ich Dich Dein Freund und Kollege **Heinr. Metzke**, Breslan, Herbarstr. 84, 3. Et.

**Sandau a. d. Elbe.**

Sonnabend, den 29. Oktober, findet im Lokale des Herrn W. Neumann unser

**Grütes Stifungsfest**

statt. — Alle Mitglieder sowie die umliegenden Zahlstellen sind freundlich eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile ist Nr. 4.)

- Breslan.** Am 14. Oktober starb unser Mitglied **Fritz Strecker** im Alter von 81 Jahren infolge eines Unfalles.
- Codwig.** Am 18. Oktober starb unter mehrjähriges Mitglied **Christian Geserik** im Alter von 55 Jahren an Gelbsucht.
- Effen a. d. Ruhr.** Am 18. Oktober starb unser treuer Kollege **Johann Schaaf** im 46. Lebensjahre infolge eines Unfalles.
- Freienwalde a. d. O.** Am 15. Oktober starb unser Kollege **Friedrich Massuth** im Alter von 65 Jahren an Schlaganfall und Lungenarterienleiden.
- Salle a. d. S.** Am 21. Oktober starb unser Kollege **Friedrich Tille** im Alter von 37 Jahren an Lungenentzündung.
- Saugenfalza.** Am 11. Oktober starb unser treuer Kollege **Alwin Kleinsteuber** in Straßburg i. E. im Alter von 21 Jahren an Unterleibsphthis.
- Mannheim-Ludwigshafen.** (Zahlstelle Friesenheim.) Am 18. Oktober starb unser treuer Kollege **Gustav Schulz** im Alter von 29 Jahren an Bauchfellentzündung.
- Neudamm.** Am 12. Oktober starb unser langjähriger Mitglied **Wilhelm Henschel** aus Naderu im Alter von 48 Jahren an Krebs.
- Rünberg-Fürth.** (Zahlstelle Mägeldorf-Bauf am Holz.) Am 8. Oktober starb der Kollege **Georg Müller** im Alter von 46 Jahren an Lungenleiden. — (Zahlstelle Hockstadt.) Am 20. Oktober starb der Kollege **Lorenz Popp** in der Klinik zu Erlangen im Alter von 43 Jahren an Darmtuberkulose.
- Spremberg.** Am 19. Oktober verchied nach langem Leiden unser Kollege **Hermann Kerkow** an Darmgeschwür. In dem Verstorbenen verlieren wir einen tüchtigen Vertreter der Organisation.
- Zeitz.** Am 17. Oktober starb nach jahrelangem Leiden unser treuer Kollege **Otto Henschel** aus Droybig im Alter von 25 Jahren an Lungenentzündung. Ehre ihrem Andenken!

**Woldenberg i. d. Neum.**

Sonnabend, den 12. November, feiert unser Zweigverein sein diesjähriges

**\* Stifungsfest \***

im Lokale des Herrn **Karl Schlessner**. Sämtliche Kollegen von Woldenberg und Umgebung sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

**Adressenveränderungen.**

(V bedeutet Vorstandsmitglied, K Kassierer, L Verehrerlot, H Bergeber, Rz Rechenunterkunft wird ausgesetzt bei.)  
**Saam i. W.** K Adolf Grote, Schloßweg 1, 1.  
**Lüneburg.** K August Müller, Rausmühle 10.  
**Weimar.** K Alfred Schöps, Großestr. 1, 1. Et.

**Veramlungs-Anzeiger.**

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veramlungen zu besuchen.

- Verbandsversammlungen der Maurer.**  
**Sonntag, den 30. Oktober.**  
**Frankenhausen a. Kyffh.** Nachm. 3/4 Uhr im „Barbarosgartener“.  
**Lychen.** Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Deltow. Wichtige Tagesordnung.
- Dienstag, den 1. November.**  
**Helde.** Abends 8 Uhr bei der Bergeber.
- Mittwoch, den 2. November.**  
**Guben.** Abends 8 Uhr Generalversammlung für Maurer und Bauhilfsarbeiter in Stein Restaurant. Z.-D.: Wahl des Gesamtverbandes. Mitgliedsbuch legitimiert.
- Spandau.** Abends 8 Uhr bei Wöste, Gabelstr. 20.  
**Wittenberg.** Abends 8 Uhr bei Gesner, Zäpfstr. 1.
- Donnerstag, den 3. November.**  
**Glogau.** Nachm. 6 Uhr im „Kasteller“. Z.-D.: Vorstandswahl.
- Sonntag, den 6. November.**  
**Bad Oeynhausen.** Vorm. 9/4 Uhr bei R. Müller. Z.-D.: Bericht von der Gaukonferenz und Verbandswahl.  
**Bergan a. R.** Nachm. 3 Uhr Generalversammlung. Z.-D.: Konstituierung des Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Bergan.  
**Düchelsdorf.** Nachm. 3 Uhr bei Wöste.  
**Granse.** Nachm. 3 Uhr im Frankischen Lokale. Z.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. Vorstandswahl. Berichtedenes.  
**Schkeuditz.** Nachm. 3 Uhr bei Eichmüller.
- Sonntag, den 13. November.**  
**Werder a. d. H.** Nachm. 3/4 Uhr im Roschischen Lokale.
- Zentralraktenkassette der Maurer usw.**  
**Sonntag, den 6. November.**  
**Saarmund.** Nachm. 3 Uhr. Z.-D.: Rassenbericht vom dritten Quartal. Rassenangelegenheiten.